

mehr: Die Jugend braucht andere und positivere Leitbilder, als sie die mit allen Wassern gewaschenen und zahlreichen Lebensnöten entronnenen Erwachsenen noch haben und zu bieten vermögen. Mit den sogenannten Klassikern kann man auf der Schule heute keinen Staat mehr machen, dieser Idealismus zieht nicht mehr. „Ideale“, die der Jugend ein fruchtbares Ausreifen zur Person und zur politischen Gemeinschaft, zur Verantwortung ermöglichen, müssen wohl oder übel die Zone der Sachlichkeit und Nüchternheit durchmessen haben, sonst verfallen sie unweigerlich der Ablehnung, und was bleibt, ist das bekannte Nichts. Haben wir diese ewigen Leitbilder im Bereiche dessen, was man früher „Bildung“ nannte, in der Literatur, im Theater, im Film und Fernsehen? Man wagt kaum, die Frage zu stellen. Und wenn nicht, woher sollen wir sie nehmen, damit nicht Sport, Technik und Existentialismus die Lücken füllen, die wir Erwachsenen gelassen haben? Es ist leicht, über die grausame Nüchternheit und Aufsässigkeit der Jugend zu urteilen, aber wer achtet immer auf die Not, die dahinter lebt, auf den Sinn für Wahrheit, der sich nicht betrügen lassen will und sich mit unserem geschäftstüchtigen Dasein oder mit unserer Leere nicht abfindet? Es gibt keine echte und fruchtbare Jugendzeit, wenn ihr nicht ausgereifte und lebensechte Erwachsene die Grenze und das Maß setzen können. Erwachsene, die seelische Krüppel sind, können nur wieder seelische Krüppel heranziehen; und es ist schon eine besondere Gnade, wenn die Persönlichkeit eines Lehrers oder eines Priesters die jungen Menschen zu sich selber führt und vor Irrwegen bewahrt.

3. Aber das Hauptanliegen der Gebetsmeinung des Heiligen Vaters ist ja dies: die Jugendzeit möge auch heilig, d. h. im Glauben der Kirche, „in Christus“, verbracht werden. Wie viele Eltern sind sich darüber klar, daß es keine bessere Nahrung für den Willen der Jugend zur Nüchternheit gibt als das Evangelium? Wir sagen mit vollem Bewußtsein zuerst: das Evangelium von Jesus Christus, und dann erst die Gebote; und wir betonen die Gemeinschaft der Kirche, die sich von der Welt absetzt. Denn fangen wir bei der reiferen Jugend mit den Geboten Gottes an, dann wird sie eine einfache und schwer widerlegbare Antwort darauf geben: Solange euer Leben und das öffentliche Leben in Gemeinde und Staat, in Betrieb und Gewerbe, das ein so ängstliches Getue um den Jugendschutz erforderlich macht, so ist, wie es ist, imponieren uns die Gebote gar nicht, sie sind ja nur Kinderbewahrgitter. Da nutzt auch das persönliche Beispiel mancher Eltern und Lehrer nicht viel. Die Kinder in Dorf und Stadt wissen zu genau, was bei den Erwachsenen weithin gespielt wird und wie die Gebote geschickt umgangen oder verbogen werden. Sie wissen das schon vor der Firmung. Etwas anderes ist es, wenn sie von vornherein erfahren, daß „die Welt im argen liegt“ und daß ein Leben in Christus mit dieser Art des Weltlebens wenig oder nichts zu tun hat und daß der Mensch diese Welt nur in der Gnade Christi überwinden kann, wobei dann auch schulische Tüchtigkeit, Sport und Spiel ihren erheblichen Beitrag leisten können. Das Erfüllen der Gebote, von denen es mindestens eines gibt, das der heranreifenden Jugend bittere Not macht und sie von den Sakramenten fernhält, kann und darf nicht das erste und das letzte Wort sein. Die Verlockungen sind heute zu groß, der Hedonismus ist eine öffentliche Macht. Darum gibt nicht ein Moralismus der Jugend die rechten Leitbilder, sondern Christusglauben, ein Glauben, der das sakramentale Leben durchhält, was auch kommen

mag, und der den regen jugendlichen Geist mit der lebenswahren Nüchternheit des Evangeliums und der Erfahrung des lebendigen Christus nährt. Ist diese persönliche Mitte des Glaubens nicht frühzeitig entwickelt, so helfen alle Grundsätze nichts, so notwendig sie auch zur Bewahrung einer heiligen Jugendzeit sind. Jugend will aus den Quellen leben und selbständig schöpfen. Führen wir sie an diese ewigen Quellen. Bewahren wir sie vor aller Trockenheit religiösen Wissens, denn sie hält den Wirklichkeiten nicht mehr stand. Das Beten der Gläubigen und der Priester dafür, daß die Jugendzeit in ihrer ganzen Bedeutung erkannt und heilig verbracht werde, muß notwendig in ein Tun einmünden, das sich ernstlich darum müht, die strahlende Begegnung mit Jesus zu vermitteln, dem Freund der Sünder, dessen nüchterne Liebe zum Menschen, wie er ist, die Welt überwindet.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Sexualerziehung in der Westberliner Staatsschule Am 25. November 1959 wurden in einer Pressebesprechung beim Westberliner Senator für Volksbildung druckfrische „Dienstblatt“-Exemplare vorgelegt mit „Richtlinien für die Sexualerziehung in der Berliner Schule“. Die Richtlinien waren vom 26. September 1959 datiert und am 1. Oktober 1959 in Kraft getreten. Dem Erziehungsbeirat beim Senat wurden sie Ende Januar 1960 unterbreitet; er hat nach dem Schulgesetz die Aufgabe, den Senat und die Verwaltung allgemein in bezug auf pädagogische Fragen zu beraten; dieser Erziehungsbeirat, dem auch Vertreter der Lehrerorganisationen, der verschiedenen Elterngruppen und der Kirchen angehören, war also vorher nicht gehört worden. Die Richtlinien stießen in der Pressebesprechung auf weitestgehende Ablehnung, insbesondere wegen der verspäteten Bekanntgabe, wegen der Nichtbefragung der versprochenen Elternvertreter und wegen einer Reihe von schweren Mängeln der Verfügungsmethoden. Diese Kritik fand breiten Niederschlag auch in der Tagespresse.

Den Anstoß zum Erlaß dieser Richtlinien hatte ein Beschluß des Berliner Abgeordnetenhauses aus dem Jahre 1957 gegeben, das bei der Beratung des Gesetzes zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten der Schulverwaltung die Auflage machte, nach Wegen und Mitteln für eine rechtzeitige Aufklärung der Kinder zu suchen. Eine von der Schulbehörde daraufhin eingesetzte Kommission von Berufspädagogen und Ärzten (zum Teil Väter und Mütter) hat dann einen Richtlinien-Entwurf ausgearbeitet, der nach langen Kommissionsberatungen schließlich die im November 1959 vorgelegte Endfassung erhielt.

Die Richtlinien haben in den Kultusministerien der übrigen Bundesländer sowie in den Elternvertretungen und in den christlichen Elterngruppen große Überraschung und teilweise auch Bestürzung hervorgerufen. Da vielleicht linksliberal und sozialdemokratisch orientierte Länderschulverwaltungen das Westberliner Beispiel aufgreifen können, sei hier ein kurzer Überblick gegeben.

Die Richtlinien der Schulverwaltung

„Eine verantwortungsbewußte Pädagogik muß“ — heißt es in der Einleitung — „der geschlechtlichen Entwicklung

des heranwachsenden Menschen die Aufmerksamkeit widmen, die ihr gebührt. Das Wissen um die geschlechtlichen Fragen sollte von verantwortlicher Seite an die Jugendlichen herangetragen werden, damit es nicht aus unsauberen Quellen geschöpft wird. Durch eine unvoreingenommene Behandlung dieses Fragenkreises soll bei den Schülern die Bildung der Ansicht vermieden werden, daß das Geschlechtliche etwas Unsauberes oder Krankhaftes sei. Durch eine solche Auffassung können die jungen Menschen in Nöte und Konflikte geraten, die häufig Ursache einer späteren falschen Einstellung zum Geschlechtlichen sind und nachteilige Folgen für die Entwicklung haben.“

Als Ziel der Sexualerziehung wird eine „sachlich einwandfreie Wissensübermittlung“ an die Kinder bezeichnet, die ihrem „Alter und ihrer geistigen Reife entsprechen“ soll. Der Jugendliche soll das Geschlechtliche in seiner Bedeutung für das Leben des einzelnen und der Gemeinschaft erkennen, der heranwachsende Mensch zu verantwortlichem Handeln den anderen Menschen und sich selbst und der Nachkommenschaft gegenüber erzogen werden.

Grundsätzlich ist es Aufgabe der Eltern, für die Sexualerziehung ihrer Kinder zu sorgen, Schule und Gesundheitsamt unterstützen das Elternhaus . . . sagen die Richtlinien. Die Schule soll das notwendige Wissen über geschlechtliche Fragen vermitteln, in erster Linie durch den in Biologie oder Gesundheitslehre unterrichtenden Lehrer. Erziehung zu sittlichem Verhalten auf geschlechtlichem Gebiet wird als Aufgabe aller Lehrer bezeichnet, solche Probleme sollen bei geeigneter Gelegenheit, beispielsweise auch im Deutschunterricht, erörtert werden.

Als Voraussetzungen für die angeordnete Durchführung der Sexualerziehung bezeichnen die Richtlinien 1. Hilfen für die Eltern, 2. Aus- und Weiterbildung der Lehrer. Den Eltern sollen Merkblätter zur Verfügung gestellt werden, in Klassen- und Schullehrerversammlungen sollen geschlechtliche Fragen gegebenenfalls unter Hinzuziehung des Schularztes auch mit Vorführung geeigneter Filme behandelt werden. Für den Lehrernachwuchs sollten sexualpädagogische Vorlesungen an den Hochschulen gehalten werden. Für die im Dienst befindlichen Lehrer sind sexualpädagogische Lehrgänge vorgesehen. Jährlich einmal sollen diese Lehrer vom Hauptschulamt zu einer gemeinsamen Aussprache eingeladen werden. Bei diesen beiden als Voraussetzungen für die Durchführung der Sexualerziehung in der Schule bezeichneten Punkten ist besonders scharfe Kritik erfolgt. Bevor man die Richtlinien in Kraft setzte, hätte man die Voraussetzungen, vielleicht ein Jahr vorher, schaffen müssen.

„Rechtslage“ der Lehrer

Die Richtlinien sagen: „Da die biologische Aufklärung und die Sexualerziehung Teile der allgemeinen Erziehung des Kindes und des Jugendlichen sind, ist die Behandlung geschlechtlicher Fragen im Rahmen der schulischen Erziehung Pflicht des Lehrers und setzt das ausdrückliche Einverständnis der Eltern nicht voraus.“ Hier handelt es sich zweifellos, wie die öffentliche Kritik herausstellte, um einen schweren Eingriff in das Elternrecht — wie immer der einzelne zu dem Problem Elternrecht stehen mag. Das Einverständnis der Eltern könnte vorher in den Elternversammlungen eingeholt werden, zumal ein erheblicher Teil von ihnen wegen der eigenen Unzulänglichkeit mit der Behandlung des Problems in der Schule einverstanden

sein dürfte. Auch nach den Richtlinien ist es doch, wie zitiert, grundsätzlich Aufgabe der Eltern, für die Sexualerziehung der Kinder zu sorgen. Der Lehrer kann vielleicht in Einzelfällen bei unvorhergesehenen Fragen von Schulkindern es als seine Pflicht ansehen, das angeschnittene Thema kurz und sachlich zu behandeln, ohne in diesem Fall die Eltern vorher um Einverständnis gebeten zu haben.

Auch unter den „didaktischen und methodischen Hinweisen“ ist mancherlei zu erwähnen. So sollen beispielsweise „geschlechtliche Belehrungen erst erfolgen, nachdem der Lehrer sich gründlich über die psychologische Situation der Klasse vergewissert hat“. Wie soll er dies jedoch beispielsweise in einer Koedukationsklasse tun? Dem Lehrer soll es unbenommen bleiben, bei Koedukationsklassen besondere Probleme nur mit den Angehörigen eines Geschlechts zu besprechen, aber „grundsätzlich kann bei der Besprechung geschlechtlicher Fragen die vorhandene Koedukation gewahrt bleiben“. Das Problem der Empfängnisverhütung soll nach den Richtlinien nur mit reiferen Schülern besprochen werden, sofern es aus pädagogischen und psychologischen Gründen „nicht zu umgehen ist“. Wie soll ein „weltanschaulich neutraler“ Lehrer der Westberliner „weltanschaulich neutralen“ Staatsschule vor evangelischen und katholischen und zum Teil nichtchristlichen Kindern den Präventivkomplex — wahrscheinlich ohne eigene gründliche Vorbildung — korrekt behandeln?

„Rahmenplan“ für die Sexualerziehung

Der den Richtlinien beigefügte Rahmenplan ist nach dem amtlichen Wortlaut „zunächst noch nicht verbindlich, weil die für diesen Unterricht notwendigen Lehr- und Lernmittel noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind; er soll vorläufig der praktischen Erprobung dienen“. Auch die Voraussetzungen sind bekanntlich noch nicht geschaffen, nämlich die Hilfen für die Eltern und die Aus- und Weiterbildung der Lehrer.

Für die sechsjährige Westberliner Grundschule soll im Unterricht mit dem Familienleben der Tiere begonnen werden; es folgen die Beziehungen der Familienmitglieder untereinander, ethisch-moralische Grundlagen des Familienlebens, biologische Grundlagen von Pflanze und Tier und „Heranführung an das Fortpflanzungsgeheimnis in angemessener Weise“.

In den mit der 7. Klasse beginnenden Oberschulen des praktischen, technischen und wissenschaftlichen Zweiges sollen „Homosexualität und Prostitution, Verlauf und Verhütung von Geschlechtskrankheiten, soweit es für den einzelnen von Bedeutung ist, Menstruation, Befruchtung, Schwangerschaft, Geburtenregelung in religiöser, ethischer, juristischer und volkswirtschaftlicher Sicht“ behandelt werden. Wir wiederholen: Wie soll ein „weltanschaulich neutraler“ Lehrer der Westberliner „weltanschaulich neutralen“ Staatsschule vor evangelischen und katholischen und zum Teil nichtchristlichen Kindern dieses heißumstrittene Problem Geburtenregelung — vielleicht ohne eigene gründliche Vorbildung — korrekt behandeln?

Im Rahmenplan finden wir am Schluß als Themen für die 12. Klasse der Berufs- und Berufsfachschulen zum erstenmal das Wort Ehe: „Die Ehe als Fundament menschlichen Zusammenlebens, Verhältnis der Geschlechter zueinander, Rechtsfragen um das uneheliche Kind, Verlöbnis, Ehe, Gleichberechtigung der Geschlechter, Unterhaltspflicht der Ehegatten“.

Soweit der Inhalt der Richtlinien für die Sexualerziehung in der Westberliner Staatsschule mit dem dazugehörigen unverbindlichen Rahmenplan.

Schwerste Bedenken der katholischen Eltern

Unmittelbar nach Bekanntwerden der vorstehend behandelten Richtlinien des Hauptschulamts hat sich der Berliner Elternkreis für religiöse Erziehungsfragen in Ausschusssitzungen und Plenarversammlung hiermit ausführlich befaßt. Auch die Spitzenvertretung der katholischen Eltern, die Katholische Elternschaft Deutschlands, behandelte das Thema bereits Anfang Dezember 1959. Die katholischen Pädagogenvereinigungen Westberlins nahmen Stellung. Die Bischöfliche Hauptstelle für Schule und Erziehung legte ein kritisches Gutachten vor. Der Katholikenausschuß des Bistums Berlin übermittelte dem Kultursenator eine ausführliche Stellungnahme. Kardinal Dr. Döpfner betonte in seiner Silvesterpredigt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 195): „Der Senator für Volksbildung hat für die Westberliner Schulen Richtlinien über die sexuelle Erziehung der Kinder herausgegeben. Ein weltanschauliches Richtbild fehlt diesen Richtlinien. So können sie leicht zu einem nicht unbedenklichen Experiment werden, das in die Hand der Lehrer gegeben ist. Die Lehrer können sehr Unterschiedliches, u. U. sogar Verderbliches, in einem solchen Unterricht sagen. Darum ist höchste Wachsamkeit der Eltern geboten.“ Mit Recht sagt der Katholikenausschuß: „Die Sexualbelehrung ist ein Teil der geschlechtlichen Erziehung, die wiederum eingeordnet ist in die Gesamterziehung überhaupt; sie rührt an den Wesenskern des Menschen, da dieser wesensgemäß durch sein Geschlecht bestimmt ist; sie ist auch von größter Bedeutung für die Gemeinschaft in allen ihren Formen: Familie, Gemeinde, Staat usw. Darum muß sie immer im Rahmen der Gesamterziehung gesehen und vollzogen und darf auf keinen Fall isoliert werden; sie hat zum Ziel, Verständnis zu wecken für das Geschlechtliche in seiner Bedeutung für den Aufbau der menschlichen Person und für das Leben in der Gemeinschaft; sie muß die Voraussetzung schaffen für die Ausreifung der Gesamtpersönlichkeit, damit die elementaren Triebkräfte im geistigen und seelischen Bereich fruchtbar werden können. Dazu ist auch ein klares, geordnetes, der geistigen Reife der jungen Menschen entsprechendes Wissen um das Sexualleben notwendig. Bei aller Bedeutung des Wissens darf es jedoch nicht überbewertet werden. Es darf nur als ein Faktor in der Erziehung gesehen werden. Erstberufene Träger der geschlechtlichen Erziehung sind naturgemäß die Eltern. Insofern aber, als die Schule den Erziehungsauftrag der Eltern fortsetzt und ergänzt, hat auch sie ihren Anteil an diesem Bereich zu übernehmen. Da auch der Staat eine Verantwortung für die Erziehung seiner Jugend für ein geordnetes Familien- und Gemeinschaftsleben hat, gehört auch er zu den Erziehungsträgern. Darum hat auch die öffentliche Schule die Mitverantwortung für eine Sexualerziehung und eine Mitverpflichtung zu dieser Aufgabe. Für katholische Eltern hat aber auch die Kirche eine Verantwortung für die Sexualerziehung und einen wesentlichen Anteil an ihr; sie hat aus ihrem Wesen heraus einen eigenen verpflichtenden Erziehungsauftrag. Sie bietet in ihrer Glaubens- und Sittenlehre die religiös-sittliche Grundlage für die ethische Haltung und gibt über die natürlichen Motive hinaus tiefere Begründung und wirkkräftigere Verpflichtung. Auch in Berlin

darf diese Tatsache, die eine unabdingbare Gewissensverpflichtung für die katholischen Eltern bedeutet, nicht übersehen werden.“

Die ganze Problematik der Westberliner „weltanschaulich neutralen“ Staatsschule ist bei dieser Anordnung des Kultursenators (evangelischer Christ, CDU) wieder einmal deutlich geworden. Eine Änderung des Schulsystems erscheint unter den gegenwärtigen politischen und parteipolitischen Verhältnissen nicht möglich. Die verantwortlichen Männer sollten sich aber vor Gott und ihrem Gewissen verpflichtet fühlen, in der Staatsschule das religiöse Weltbild und die sittliche Überzeugung der katholischen Kinder (wenn sie auch nur eine Minderheit darstellen) zu achten. Von etwa 24 000 katholischen Schulkindern können nur etwa 4000 die acht katholischen Privat-(Ordens-)Schulen besuchen. Die Eltern der übrigen Kinder sollten, wie Kardinal Döpfner in der Silvesterpredigt mahnte, „sich um die Schule, um den Schulunterricht ihrer Kinder kümmern. Die Lehrer und die Schulen sollen merken: Die katholischen Eltern unterstützen die Schule und die Lehrer in ihrer schweren Aufgabe, aber sie haben auch ein wachsames Auge für alle Vorgänge im schulischen Leben . . . Es wäre sehr schlimm, wenn unsere Eltern das in vieler Hinsicht in Berlin unbefriedigende Schulwesen als selbstverständlich hinnehmen, so allmählich ihr klares Urteil verlieren und das unentwegte Bemühen um eine Besserung aufgeben.“

Ausbildung von Führungskräften für Entwicklungshilfe Eine von Vertretern der deutschen katholischen Organisationen und Verbände gegründete „Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe“ hat die Aufgabe übernommen, beruflich und persönlich qualifizierte Fachkräfte, die sich auf Anfragen staatlicher, kirchlicher oder privater Stellen aus den Entwicklungsländern einige Jahre für eine Tätigkeit im Rahmen der Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen, vorzubereiten. Ferner bemüht sie sich darum, diesen Kräften die sozialen und rechtlichen Sicherungen für die Zeit ihrer Tätigkeit in den Entwicklungsländern und nach ihrer Rückkehr zu schaffen, um einen schädigenden Bruch in ihrer Entwicklung zu vermeiden.

Aufgaben

Als Nahziel übernimmt es die Arbeitsgemeinschaft, Fachkräfte für den Aufbau und die Durchführung von Projekten ausfindig zu machen und ausbilden zu lassen, die aus Mitteln der letztjährigen Fastenaktion der deutschen Katholiken „Gegen Hunger und Krankheit in der Welt“ unterstützt werden. Diese Projekte erstreben vor allem die Durchführung von strukturellen Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft und des Handwerks: Krankenhäuser, landwirtschaftliche und technische Ausbildungsstätten, Lehrwerkstätten, landwirtschaftliche und technische Schulen, Beispielbetriebe und Musterfarmen sowie auch Bau- und Siedlungsprojekte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 149). Zunächst werden etwa 100 qualifizierte Fachkräfte benötigt. Nach dem Planungsstand vom Februar 1960 sind bis jetzt Arbeitsplätze für folgende Berufssparten vorgesehen: Soziologen 1, Ärzte 7, Ingenieure verschiedener Fachrichtungen 11, Lehrer 2, Genossenschaftsleiter 2, Landwirtschaftslehrer, Diplomaltdwirte, Bauern und Gärtner 26, Arzthelferinnen 6,

Elektriker 4, Schlosser 3, Maurer 7, Schreiner und Zimmermeister 13.

Die Aufgabe dieser Fachkräfte ist zuerst beruflich-technisch. Doch kommt es wesentlich darauf an, daß bald einheimische Kräfte in die Lage versetzt werden, an die Stelle ihrer europäischen Mitarbeiter und Helfer zu treten. Für diese Hilfe zur Selbsthilfe ist deshalb über die berufliche Qualifikation hinaus pädagogisches Geschick erforderlich. Eine in einer religiösen Haltung verankerte Opferbereitschaft und Selbstlosigkeit muß schließlich den spezifischen Charakter dieser Aktion herausstellen.

Vorbereitung

Die Auswahl und die Vorbereitung der Fachkräfte erfolgt, wie der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft, Karl Osner, in einem Überblick bekanntgab, getrennt nach Berufsgruppen in Vorbereitungsstätten, deren Errichtung und Arbeit die Arbeitsgemeinschaft fördert und koordiniert. So hat bis jetzt die katholische Landjugendbewegung Deutschlands eine Vorbereitungsstätte auf dem Klausenhof bei Wesel für die landwirtschaftlichen Führungskräfte (Beginn des ersten Vorbereitungskurses April 1960) und die Deutsche Kolpingfamilie eine Vorbereitungsstätte für Handwerker, Facharbeiter und Techniker in Köln eingerichtet (Beginn des ersten Vorbereitungskurses März 1960). Der Bischof von Essen, Dr. Franz Hengsbach, wird nach Ostern in seiner Diözese ein Institut für Handwerker in Oberhausen einrichten. Weitere Vorbereitungseinrichtungen für weibliche sowie akademische Führungskräfte, insbesondere für Genossenschaftsfachleute und -leiter, sind im Aufbau.

Während der mehrmonatigen Vorbereitung soll die persönliche und berufliche Eignung der Bewerber für eine Tätigkeit im Rahmen der Entwicklungshilfe festgestellt werden. Die Bewerber erhalten eine gründliche Einführung in die politische, wirtschaftliche, kulturelle und religiöse Situation und die Geschichte der Entwicklungsländer, vor allem des Landes ihrer künftigen Tätigkeit, dazu eine intensive Unterweisung über die Ziele und Probleme und über den religiösen Sinn der Entwicklungshilfe als Hilfe zur Selbsthilfe sowie über die psychologischen Voraussetzungen für eine wirksame Hilfe. Die Vorbereitung umfaßt ferner eine pädagogische Schulung, einen Lehrgang über Genossenschaftsfragen, Sprachkurse, einen Kurs in erster Hilfe und Sport. Die technischen und handwerklichen Kräfte arbeiten, möglichst zusammen mit Praktikanten aus Entwicklungsländern, während ihrer Vorbereitung in Betrieben und Funktionen, die ihrer späteren Aufgabe entsprechen.

Während der ersten Monate ihres Aufenthaltes im Entwicklungsland werden die Fachkräfte in besonderen Eingangsstellen (gutgeführten landwirtschaftlichen oder technischen Schulen, Musterfarmen u. dgl., je nach ihrer künftigen Tätigkeit) auf ihre konkrete Aufgabe vorbereitet. Hier erhalten sie nochmals eine Sprachschulung und eine praktische Einführung in die örtlichen Verhältnisse.

Die für die Koordinierung der Arbeit der Vorbereitungsstätten, für die Verhandlungen mit den in- und ausländischen Stellen und für die Vertrags- und Versicherungsfragen zuständige Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe befindet sich in Köln, Helenenstraße 11.

Untersuchung über das Elend in Wien Das Internationale Katholische Institut für kirchliche Sozialforschung (ICARES) hat kürzlich eine Untersuchung über das Elend in Wien vorgelegt. Grundlage der Untersuchung war die Kartei der Wiener SOS-Gemeinschaft, die auch den Auftrag zu dieser Untersuchung gegeben hat. Da die SOS-Gemeinschaft die einzige große überparteiliche und überkonfessionelle Sofort-Hilfe-Organisation in Wien und ganz Österreich ist — in den zehn Jahren ihres Bestehens hat sie rund 22 Millionen Schilling an Barleistungen und für 29 Millionen Sachspenden, zusammen also 51 Millionen, ausgegeben —, umfaßt ihre Kartei den größten Teil der Menschen, die im Elend leben, und ist daher repräsentativ für die Situation in Wien. Eine zuverlässigere Untersuchungsgrundlage gibt es nicht. Aus dieser 26 296 Fälle umfassenden allgemeinen Kartei (ohne die Wohnungskartei, die Kartei der Heimkehrerhilfe und der Ungeborenenhilfe) wurde eine Auswahl von 2%, d. h. jede fünfzigste Haushaltskartei, zusammen 525 Karten mit 1192 Personen, herausgenommen und als „repräsentativer Querschnitt“ genauer untersucht.

In der Einleitung betont der Bericht über das Untersuchungsergebnis, daß in unserer westlichen Gesellschaft Armut und Elend als Massenerscheinung, d. h. als Kennzeichen ganzer Bevölkerungsschichten, verschwunden ist. Die Phänomene der Arbeitslosigkeit, des Hungers, der Mangelerkrankungen, Obdachlosigkeit, treten nur mehr sehr beschränkt auf. Die Sorge für die Wechselfälle des Lebens hat weitgehend die Öffentlichkeit übernommen. Nahezu jedem wird heute ein Lebensminimum garantiert. Andererseits gibt es aber noch Lücken in der Sozialversicherung, wodurch dann Notsituationen entstehen. Mag es auch schwierig sein, Armut und Elend genau zu definieren und im konkreten Fall abzugrenzen, in der Elendssituation sind jedenfalls die Menschen, die mit weniger leben müssen, als selbst die Fürsorge als Existenzminimum feststellt; Menschen, die durch einen Unglücksfall weit über ihre Rentensätze finanziell beansprucht werden; Menschen, die zwar für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen, aber mehr Personen als zumutbar damit erhalten müssen; Menschen, die in Katastrophen gestürzt werden, für die es noch keine Versicherung und keine amtliche Stelle gibt.

Der Umfang des Elends scheint für eine Stadt wie Wien nicht groß zu sein. Immerhin sind es, wenn man die in den 2% der allgemeinen Kartei gefundenen Relation — 525 Haushalte entsprechen 1192 Personen — auf die Gesamtzahl der Haushaltskartei erweitert und zu der allgemeinen Kartei die verschiedenen Sonderkarteien dazunimmt und dadurch auf rund 30 000 Haushalte kommt, etwa 68 000 Personen, die sich in der Elendssituation befinden. Das sind 4,2% der Gesamtbevölkerung, also doch mehr, als der flüchtige Beobachter annehmen würde.

Haushaltsgröße

Sehr bezeichnend ist die Verteilung der Haushaltsgröße. Von den 525 untersuchten Haushalten sind 247, d. s. 47%, Haushalte mit einer Person (109 Männer, 136 Frauen, 2 unbekannt), 113 Haushalte (21,5%) mit zwei Personen, 68 (13%) mit drei, 33 (6,3%) mit vier Personen und 64 (12,2%) mit fünf und mehr Personen. Von den 1192 Personen sind 53,3% weiblichen Geschlechts, 43,7% männlichen (der Rest auf 100% infolge mangelhafter Aufzeichnungen unbekannt).

Noch aufschlußreicher ist der Vergleich der Haushaltsgrößen mit der Struktur der Gesamtbevölkerung von Wien. Während der Anteil der Ein-Person-Haushalte in der SOS-Kartei, wie erwähnt, 47% ausmacht, sind es in ganz Wien (nach der letzten Volkszählung vom Jahre 1951) bloß 24% und gegenüber den 12,2% Fünf- und mehr-Personen-Haushalten der SOS-Kartei sind es in ganz Wien bloß 5,6%. Die Zwei-, Drei- und Vier-Personen-Haushalte sind dafür schwächer vertreten, als es dem Wiener Durchschnitt entspricht. Es ergibt sich demnach aus der SOS-Kartei, daß die Schwerpunkte des Elends die alleinstehenden Personen und die Großfamilien mit unversorgten Kindern sind.

Altersgruppen

Eine Aufgliederung nach dem Alter läßt noch klarer erkennen, daß die Kinder und Jugendlichen bei den Elendsfällen in höherem Maße die Leidtragenden sind, als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung zukommt. Während die Altersschicht 0 bis 6 Jahre in Wien 6,1% der Bevölkerung ausmacht, ist sie in der SOS-Kartei mit 13,7% beteiligt, bei der Altersschicht 6—14 Jahren sind es statt 9,8% volle 15,9%, und bei den 14- bis 18jährigen statt 2,9% volle 6,7%. Es überrascht, daß die Altersschicht über 65 Jahre in der SOS-Kartei nur mit 9,4% beteiligt ist, gegenüber einem Anteil in ganz Wien von 12,8%. Eine Aufschlüsselung nach dem Familienstand ergibt folgendes: Die Ledigen (hauptsächlich natürlich die Kinder und Jugendlichen) machen 51,5% aus, gegenüber 34,2% in ganz Wien, die Verheirateten 25% gegenüber 49,9%, die Verwitweten 8,8% gegenüber 12% und die Geschiedenen 8,5% gegenüber 4% (der Rest auf 100% fehlt wieder wegen der mangelhaften Angaben der Kartei). Die Verheirateten sind also weitaus am besten daran, während auffällig viele Geschiedene unter den Elendsfällen sind. Auffällig ist bei der Aufgliederung der alleinstehenden Erwachsenen, daß ein Drittel davon Ledige sind, darunter mehr Frauen (146) als Männer (109). Von den 102 (8,5%) Geschiedenen leben 45 allein, 40 sind verlassene Frauen mit Kindern, und 15 leben in einer neuen ungesetzlichen Lebensgemeinschaft.

Soziale Stellung

Eine weitere Frage der Untersuchung richtete sich auf Beruf und soziale Stellung. Es zeigte sich, daß anders als früher, da sich die Armen weitgehend aus den unteren Gruppen der Einkommensempfänger bzw. aus den Dauerarbeitslosen zusammensetzten, heute die im Elend Befindlichen fast aus allen Schichten (ausgenommen die obersten) kommen, besonders wenn sie im Alter aus dem Produktionsprozeß ausscheiden oder wenn sie durch große Kinderzahl oder katastrophale Krankheitsfälle ins Elend hinabgedrückt werden.

Doch ist der Anteil der sozialen Schichten sehr verschieden vom Anteil an der Gesamtbevölkerung in Wien. Während die Selbständigen samt den miterhaltenen Familienangehörigen in Wien 14,6% ausmachen, beträgt ihr Anteil in der SOS-Kartei bloß 7%; bei den Angestellten und Beamten sind es statt 34,2% bloß 10,5%, bei den Arbeitern und Lehrlingen jedoch statt 50,9% bis zu 82,5%. Trotz aller Sozialpolitik ist also die Arbeiterschaft, und in dieser besonders der Hilfsarbeiter, weitaus am anfälligsten für soziale Krisenfälle. Am größten ist die soziale Sicher-

heit bei den Beamten und Angestellten, geringer bei den Selbständigen, wo ältere Kleingewerbetreibende und freiberuflich Tätige, an sich oft schon Randexistenzen, leicht zu Fürsorgefällen werden.

Das Institut für kirchliche Sozialforschung hat auch die Wohnorte in ihre Untersuchung einbezogen. Es zeigte sich, daß in Wien keine zusammenhängenden Elendsbezirke (Slums) bestehen, daß vielmehr die Wohnorte der von der SOS-Gemeinschaft Betreuten sich über das ganze Stadtgebiet erstrecken. Lücken bilden nur der größte Teil des ersten Bezirkes, der 13., der 19. und der äußere 14. Bezirk. Eine genauere Betrachtung der geographischen Verteilung war bei der Untersuchung nicht möglich, doch deutet der Vergleich der Wohnorte der Betreuten mit den Gemeindebauten ganz darauf hin, daß die Elendsfälle weit häufiger in Althäusern auftreten als in den neueren Gemeindebauten.

Schließlich suchte der Bericht aus den Arten des jeweiligen Notstandes die typischen Elendskategorien in unserer Gesellschaft herauszuarbeiten. Es wurden deren sieben unterschieden und folgende prozentuale Verteilung ermittelt: 1. Kinderreiche Familien: ca. 32% der Fälle; 2. Alleinstehende: 20%; 3. Katastrophenfälle (Krankheit über die gesetzliche Unterstützungspflicht der Krankenkassen hinaus; plötzlicher Tod des Ernährers der Familie, überlange Wartezeit bei der Erledigung von Rentenansprüchen): 20%; 4. alte Menschen: 13%; 5. Geschiedene: 10%; 6. Asoziale: 3%; 7. Flüchtlinge: 2%.

Caritas heute

Der Bericht weist ferner darauf hin, daß in unserer Gesellschaft die Interessenverbände der Berufstätigen ihre Wünsche meist gut durchsetzen, daß aber die Randschichten nicht das ihnen Zustehende erhalten. Es geht hier hauptsächlich um die Kinder, um die alten Leute und um die ledigen und geschiedenen Mütter. Wäre für diese drei Gruppen die Sozialpolitik auf der gleichen Höhe der Gesetzgebung wie bei den Berufstätigen, so würde die Hälfte der Elendsfälle bereits wegfallen.

In einem Schlußwort stellt der Bericht die Frage nach der Aufgabe der christlichen Caritas in unserer Gesellschaft der wachsenden staatlichen Wohlfahrtspolitik und kommt zum Ergebnis, daß die Caritas eine unersetzliche Einrichtung bleiben wird, einmal für die materielle Not, nämlich dort, wo der öffentliche Apparat versagt — was ja die Mehrzahl der Betreuungsfälle der SOS-Gemeinschaft ausmacht —, und zum anderen, wo Trost und guter Rat notwendig ist, der nicht vom Apparat, sondern nur in der persönlichen Begegnung gegeben werden kann. Daher widerspricht es der Idee der christlichen Caritas, die Notstandsfälle aus der Pfarre an die Zentralstellen abzuschieben. Vielmehr muß die Caritas wieder direkter und personbezogener werden. In den Pfarren muß die persönliche christliche Caritas wieder stärker als eine ursprüngliche Aufgabe der christlichen Gemeinde bewußt werden.

Aus dem Vatikan

Sieben neue Kardinäle

Am 4. März brachte der „Osservatore Romano“ die Nachricht, daß Papst Johannes XXIII. am 28. März in einem geheimen Konsistorium sieben neue Kardinäle ernennen werde, und zwar:

Luigi *Traglia*, Titularerzbischof von Caesarea in Palästina, Vizelegat von Rom, der im letzten Jahr als Leiter der Vorbereitung und Durchführung der römischen Diözesansynode hervorgetreten ist;

Peter Tatsuo *Doi*, Erzbischof von Tokio;

Joseph *Lefèbvre*, Erzbischof von Bourges in Frankreich; Bernhard Jan *Alfrink*, Erzbischof von Utrecht (damit hat Holland nach ungeduldigem Warten endlich wieder einen Kardinal);

Rufino J. *Santos*, Erzbischof von Manila;

Laurian *Rugambva*, Bischof von Rutabo in Tanganjika; Antonio *Bacci*, Sekretär der Breven an die Fürsten und heute der beste Latinist der Kurie.

Schon am 3. März waren die Journalisten in Rom vom vatikanischen Pressebüro zur Entgegennahme der Mitteilung zusammengerufen worden, daß am 28. März ein geheimes Konsistorium mit Kardinalsernennungen stattfinden werde und wer die neuen Kardinäle sind. Man hatte schon seit den letzten Kardinalserhebungen im Dezember (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 152 ff.) damit gerechnet, daß bald weitere Ernennungen folgen würden, die diesmal vor allem residierende Bischöfe betreffen und die Internationalisierung des Kardinalskollegiums weiter ausdehnen würden. Trotzdem herrschte allgemeine Überraschung, daß von den sieben neuen Kardinälen nicht weniger als drei den sogenannten „farbigen“ Völkern angehören. Die Philippinen hatten schon lange darauf gehofft, einen Kardinal zu erhalten; diese Hoffnung ist nun durch die Ernennung des Erzbischofs von Manila erfüllt worden. Man hatte auch mit Sicherheit darauf gerechnet, daß Afrika einen Kardinal erhalten werde. Die Erhebung des Erzbischofs von Tokio kam dagegen ganz überraschend. Es scheint, so meint Fabrizio de Santis im „Corriere della Sera“ (4. 3. 60), daß gerade die geringe Zahl derjenigen, die sich in Japan mit seinen rund 93 Millionen Einwohnern zum Katholizismus bekennen — es sind heute rund 225 000 weit verstreut lebende Gläubige —, und der langsame Fortschritt der Kirche in diesem Land alter Kultur Papst Johannes dazu bewogen haben könnten, einen der Ihren ins Kardinalskollegium aufzunehmen. Im Jahresbericht über die Tätigkeit des Heiligen Stuhls von 1959 kann man lesen: „Um die Aufmerksamkeit des japanischen Volkes zu wecken, bedarf es energischer Mittel. Die anderen Religionen setzen solche reichlich ein, während sich die Tätigkeit der Katholiken in gewissen Sektoren aus Mangel an Mitteln und spezialisierten Kräften auf wenig beschränkt.“ Ein Kardinal, ein Mitglied des höchsten Senats der Kirche, wird vielleicht imstande sein, in Zukunft diese „energisches Mittel“ einzusetzen, wie sie sich die Propaganda Fide wünscht. Kardinal Tatsuo Doi, der heute im Alter von 68 Jahren steht, hat mitsamt seiner ganzen Familie die Taufe empfangen, als er zwölf Jahre alt war. Den Priesterberuf wählte er 1921. Einige Jahre lang arbeitete er als Seelsorger in japanischen Pfarreien, dann erwarb er sich Kenntnisse in der Tätigkeit der päpstlichen Diplomatie als Sekretär des damaligen Apostolischen Delegaten in Japan. Pius XI. machte ihn zum Erzbischof von Tokio.

Kardinal Santos, Erzbischof von Manila, wird zu den jüngeren Kardinälen des Kardinalskollegiums gehören. Er ist heute 52 Jahre alt und wird in seinem Land besonders wegen seiner pastoralen Tätigkeit verehrt. Der künftige philippinische Kardinal hat seine Studien teilweise in Rom gemacht und dort zum Doktor der Theologie promoviert. 1947 wurde er, nach einigen Jahren seelsorglicher

Arbeit in Pfarreien, zum Weihbischof von Manila, 1953 zum Erzbischof ebendort ernannt.

Der afrikanische Kardinal

Obwohl man erwarten konnte, daß Afrika bei der nächsten Kardinalskreierung mit einem neuen Kardinal in den Senat der Kirche einziehen werde, ist doch die Ernennung Bischof Rugambvas zum Kardinal in Anbetracht der Entwicklung, in der das Schwarze Afrika sich heute befindet, sicher das wichtigste Ereignis dieses Konsistoriums. Der afrikanische Erdteil besitzt zwar bereits einen Kardinal in dem Erzbischof von Lourenço Marques, Clemente de Gouveia, doch dieser ist portugiesischer Herkunft. Mit Bischof Rugambva zieht zum erstenmal ein Kardinal uralter afrikanischer Rasse in das Heilige Kollegium ein. Laurian Rugambva wird nach Kardinal Döpfner der zweitjüngste im Kardinalskollegium sein.

Die Ernennung dieses ersten schwarzafrikanischen Kardinals hat besonders in Missionskreisen große Befriedigung hervorgerufen. Man wird sich dort geradezu von Tag zu Tag deutlicher bewußt, daß die Kirche im Schwarzen Afrika nur weiterbestehen und eigenes, wurzelhaftes Leben gewinnen kann, wenn die verantwortlichen Ämter in die Hände der Einheimischen übergehen. Erst vor einem Monat ist zum erstenmal ein Afrikaner zum Erzbischof ernannt worden: der erst 37 Jahre alte Weihbischof von Cotonou, Bernardin Gantin. Hier, in der Hauptstadt von Dahomey, stand Weihbischof Gantin seit 1957 dem französischen Erzbischof Louis Parisot zur Seite. Dieser hat jetzt, im Alter von 74 Jahren, auf seinen Sitz verzichtet, um einem einheimischen Nachfolger Platz zu machen.

Laurian Rugambva stammt aus fürstlichem Geschlecht. Er ist in Bukongo 1912 geboren und wurde von den Weißen Vätern im Alter von 9 Jahren getauft. Er ist auch in Deutschland nicht unbekannt, denn er machte 1956 eine Besuchsreise, die ihn nach Köln, Würzburg, München, Berlin, Münster und Bochum führte. Seine Heimat, Tanganjika, gehörte bis nach dem ersten Weltkrieg zu Deutsch-Ostafrika.

Den Priesterberuf wählte er erst verhältnismäßig spät, und die Weihen erhielt er mit 31 Jahren. Eine Zeitlang war er dann in den afrikanischen Missionen tätig, kam jedoch später nach Rom und promovierte in Kanonischem Recht am Missionswissenschaftlichen Institut der Propaganda Fide. Zum Bischof von Rutabo wurde er 1951 geweiht. Wie man seinen fürstlichen Vorfahren nachsagt, daß sie die Geschicke ihrer Stämme mit Weisheit und Klugheit gelenkt hätten, so werden auch Kardinal Rugambva Klugheit, Weisheit und Beständigkeit sowie Milde und tiefe Frömmigkeit nachgerühmt. Diese Eigenschaften zusammen mit der Tatsache, daß Tanganjika einen hohen Prozentsatz von Katholiken unter seiner Bevölkerung hat (auf 8,4 Millionen Menschen kommen ungefähr 0,7 Millionen Katholiken), mögen den Ausschlag dafür gegeben haben, daß gerade er unter den 25 afrikanischen Bischöfen ausgewählt wurde, den Purpur zu empfangen. Außerdem ist er der Dekan der afrikanischen Bischöfe, wenn man von dem schon 1939 geweihten Bischof Joseph Kieramuka von Masaka (Uganda) absieht, der in schlechter gesundheitlicher Verfassung ist. (Außer den 25 Bischöfen afrikanischer Rasse gibt es in Afrika auch noch drei einheimische Bischöfe des äthiopischen Ritus und einen schwarzen Bischof, der aus Haiti stammt.) Mit der Ernennung dieses afrikanischen Kardinals beweist

die Kirche, daß sie das Selbständigkeitsstreben des Schwarzen Erdteils, der sich so plötzlich und heftig aus den langen Kolonialbanden zu befreien sucht, großherziger und weitblickender als viele Staatsmänner und die meisten Kolonisten, als berechtigt anerkennt und alle Rassen und Sprachen in ihrem Raum die gleichen Rechte haben. Das Heilige Kollegium umfaßt nun einen Chinesen, einen Japaner, einen Inder, einen Philippinen und einen Afrikaner, dazu zwei Angehörige östlicher Riten, von denen der eine Syrer, der andere Armenier ist. Asien und Afrika sind in ihm vertreten und verwirklichen in ungeahnter Weite den Ausspruch Papst Benedikts XV.: „Die Kirche ist weder lateinisch noch griechisch noch slawisch, sondern katholisch. Sie macht keinen Unterschied zwischen ihren Kindern, ob sie nun Griechen, Lateiner oder Slawen sind oder noch anderen nationalen Gruppen angehören: sie alle haben vor dem Heiligen Stuhl den gleichen Rang.“ Das Kardinalskollegium umfaßt jetzt 85 Mitglieder, von denen 33 Italiener und 52 „Ausländer“ sind; sie gehören insgesamt 29 Nationen an. Nach den Italienern sind die Franzosen mit acht Kardinälen am stärksten vertreten.

Der neue Nuntius für Deutschland Am 14. Februar gab der „Osservatore Romano“ bekannt, daß der Heilige Vater den päpstlichen Geheimkämmerer Corrado Bafile zum Apostolischen Nuntius für Deutschland ernannt und ihn gleichzeitig zum Titularerzbischof von Antiochien in Pisidien erhoben habe. Seine Bischofsweihe, die der Papst selbst vollzog, fand am 19. März statt. Corrado Bafile ist 1903 in Aquila in Süditalien geboren.

Er studierte in München und Rom zunächst Naturwissenschaften und wechselte dann zum Studium der Rechtswissenschaft über. Sein juristisches Examen legte er im Jahre 1926 ab. Doch anstatt nach mehrjähriger praktischer Arbeit, die der eines deutschen Assessors vergleichbar ist, dann eine eigene Rechtsanwaltspraxis zu beginnen, entschloß er sich 1932, Priester zu werden, und studierte an der Gregoriana und im Römischen Seminar. 1936 wurde er zum Priester geweiht und trat dann sofort in die römische Kirchliche Akademie, die Ausbildungsstätte der päpstlichen Diplomaten, ein und promovierte in Kirchenrecht.

1939 wurde er in den diplomatischen Dienst des Heiligen Stuhls übernommen und der ersten Sektion des vatikanischen Staatssekretariates zugeteilt, in deren Zuständigkeit die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten fallen. Bis vor ungefähr einem Jahr hatte er sich hier vor allem mit Fragen der Kirche in den Ländern hinter dem eisernen Vorhang zu befassen.

Papst Johannes XXIII. nahm Msgr. Bafile sofort nach seiner Wahl in die engere „päpstliche Familie“ auf und berief ihn als ersten der vier Diensttuenden Geheimkämmerer in seine nächste Umgebung. In dieser Rolle war er in ständigem Kontakt mit dem Papst und erschien häufig bei öffentlichen Anlässen an seiner Seite.

Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Türkei

Zum erstenmal in der Geschichte sind diplomatische Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Türkei aufgenommen worden. Schon seit langem — man kann sagen, seit der Zeit, als Erzbischof Roncalli, heute Papst Johannes XXIII., von 1935—1944 als Apostolischer Delegat in Istanbul lebte, ja noch früher,

seit der antireligiöse Affekt, der die Gründung der Republik Türkei im Jahre 1923 begleitet hatte, allmählich zurückgegangen war — haben die türkischen Regierungen auf dieses Ziel hingearbeitet. Es rückte in nächste Nähe, als der heutige Präsident der Türkei, Celâl Bayar, am 11. Juni vorigen Jahres von Johannes XXIII. in Audienz empfangen wurde (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 513). Es war der erste Besuch eines türkischen Staatspräsidenten im Vatikan, dem nur ein Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Menderes zwei Jahre früher vorausgegangen war. Der „Osservatore Romano“ veröffentlichte am 25./26. Januar 1960 die Nachricht, daß „der Heilige Stuhl und die Türkei in dem Wunsch, freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, den Austausch diplomatischer Vertreter beschlossen“ hätten, „mit dem Rang eines Apostolischen Internuntius von seiten des Heiligen Stuhls und mit dem Rang eines Botschafters von seiten der Türkei“. Schon am 12. Januar hatte der türkische Außenminister, Fatim Zorlu, in einem Überblick über die außenpolitischen Ziele der Türkei zu Beginn des Jahres u. a. bekanntgegeben, daß die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl nahe bevorstände und daß von türkischer Seite der gegenwärtige Botschafter in Griechenland, Nury Vergin, als erster türkischer Botschafter beim Heiligen Stuhl vorgesehen sei. Auch die Person des ersten Apostolischen Internuntius in der Türkei war längere Zeit im Gespräch; der „Osservatore Romano“ hat jedoch erst am 29. Februar 1960 die offizielle Nachricht gebracht, daß der Heilige Vater den bisherigen Apostolischen Delegaten in Istanbul, Francesco Lardone, Titularerzbischof von Rizeo, zum Internuntius in der Türkei ernannt habe. Erzbischof Lardone ist erst im vergangenen November auf den Posten des Apostolischen Delegaten in Istanbul versetzt worden und wurde im „Apostolos Andreas“, dem offiziellen Organ des Ökumenischen Patriarchen der Griechisch-Orthodoxen Kirche (vom 18. 11. 1959), aufs wärmste willkommen geheißen.

Geschichtlicher Rückblick

Immer deutlicher zeigt sich, daß die religiösen Kräfte der verschiedensten Art gegenüber den Mächten des offen atheistischen Kommunismus und des verschleiert atheistischen Materialismus der westlichen Welt näher zusammenrücken. Das ist wohl auch der tiefere Grund, der es der Staatsleitung eines so durch und durch islamischen Landes wie der Türkei überhaupt erst möglich macht, sich dem Haupt der katholischen Kirche zu nähern. Gewiß haben die Säkularisierungsmaßnahmen Atatürks nach 1923 in der Türkei ihre Spuren hinterlassen, aber das Volk ist immer noch zu 98% mohammedanisch und gläubig. Die moderne Türkei hat aus der Anfangszeit der Republik vor allem ihre Orientierung nach Westen, zur westlichen Kultur beibehalten. Um diese Orientierung zum Westen auch durch Beziehungen zum Heiligen Stuhl zu verstärken, hatte sogar Atatürk in den 20er Jahren veranlaßt, mit dem damaligen Apostolischen Visitator in Istanbul, Erzbischof Ernesto Filippi, über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zum Vatikan zu verhandeln. Diese Verhandlungen führten jedoch zu keinem Ergebnis. Erst 1950 traf der damalige türkische Außenminister, Nekmeddin Sadak, wieder in Paris mit Nuntius Roncalli zusammen und berichtete ihm, seine Regierung, unter Ismet İnönü, stehe dem Gedanken, diplomatische Beziehungen zum Vatikan anzuknüpfen,

sehr nahe. Sie wurde kurz darauf gestürzt und konnte daher diesen Gedanken nicht mehr verwirklichen. Auf İnönü folgte Staatspräsident Celâl Bayar. Schon 1951 drängte dann eine Frau, Nagli Thabar, im türkischen Parlament darauf, die Initiative zu ergreifen, um diplomatische Beziehungen zum Heiligen Stuhl aufzunehmen, denn „der Vatikan ist der Feind Nr. 1 des Kommunismus“. Ein Jahr später drängte ein anderes Parlamentsmitglied wiederum auf Beziehungen zum Vatikan, weil „die Türkei die gleichen Grundsätze der Zivilisation wie der Heilige Stuhl verfolgt und verteidigt“. Die öffentliche Meinung der Türkei war zugleich der Ansicht, daß durch Aufnahme von Beziehungen zum Vatikan bewiesen würde, die neue Türkei wolle den alten religiösen Gegensatz nicht verewigen. Kurz, während des letzten Vierteljahrhunderts war das Verhältnis bereits schon recht freundlich geworden. Auch im letzten halben Jahrhundert der Sultansherrschaft hatte schon eine Annäherung stattgefunden, und während des ersten Weltkriegs hatte der Heilige Stuhl tatkräftig auch für die türkischen Kriegsgefangenen gearbeitet. Diese freundlichen Beziehungen waren vor allem darum wichtig, weil bis nach dem ersten Weltkrieg, genau bis 1920, das Heilige Land zur Türkei gehörte.

Mit der jetzt erfolgten offiziellen Aufnahme der diplomatischen Beziehungen hat eine lange und oft blutige Geschichte ihren endgültigen Abschluß gefunden, die mit dem Einbruch der Türken in Europa im 16. Jahrhundert begann, als die Päpste verschiedentlich gegen sie zum Kreuzzug aufriefen und Pius V. sogar selber mit einer Allianz seefahrender Mächte gegen sie zu Feld zog, die 1571 in der berühmten Schlacht von Lepanto siegte.

Der Stand der Vorbereitungen des Ökumenischen Konzils

Ende Februar 1960 teilte P. James I. Tucek im NCWC News Service (29. 2. 1960) mit — was auch sonst schon bekannt war —, daß die Arbeiten der vor-vorbereitenden Kommission für das Konzil ihrem Abschluß entgegengehen. Ihr Leiter, Kardinalstaatssekretär Tardini, rechnet (in einem Interview, das er dem französischen Fernsehsender gegeben hat) damit, daß sie ihre Aufgabe bis Juli dieses Jahres erfüllt hat und dann an ihre Stelle die eigentlichen, das Konzil vorbereitenden Kommissionen treten werden.

Der entscheidende Schritt, den die Vorbereitung des Konzils in der letzten Zeit gemacht hat, besteht wohl darin, daß Papst Johannes XXIII. die persönliche Prüfung der Zusammenfassungen begonnen hat, die die Kommission aus den Eingaben der mehr als 2000 Bischöfe der Welt hergestellt hat.

Die vor-vorbereitende Kommission für das Konzil, die bekanntlich im vergangenen Mai eingesetzt worden ist und neben dem Kardinalstaatssekretär zehn Prälaten der römischen Kurie umfaßt, denen ein Sekretariat von vier Mitarbeitern zur Seite steht, war vom Heiligen Vater mit vier Aufgaben betraut worden: 1) den Kontakt mit dem Episkopat der ganzen Welt aufzunehmen und ihn um seine Meinung und um Anregungen zu fragen; 2) die Vorschläge der römischen Kongregationen zu sammeln; 3) die Hauptgedanken aus den Materialien herauszuarbeiten, die den Beratungen des Konzils unterbreitet werden sollen, und dazu die Meinung der katholischen Universitäten und der theologischen und kirchenrechtlichen Fakultäten einzuholen; 4) Vorschläge für die Zusammen-

setzung der verschiedenen Kommissionen auszuarbeiten, die die eigentlichen Vorarbeiten für das Konzil zu leisten hätten.

Die erste dieser Aufgaben ist jetzt abgeschlossen. Die Antworten der Bischöfe und anderer kirchlichen Persönlichkeiten, die in über 2700 Briefen erbeten worden waren, sind zu 80% eingetroffen. Ihre Vorschläge sind nach Hauptanliegen und Nebenanliegen katalogisiert worden. Diese wiederum sind nach ihrer nationalen Herkunft geordnet worden, und eben in dieser Form liegen sie nun Papst Johannes zur persönlichen Stellungnahme vor. Die zweite Aufgabe — die Einsammlung der Meinungen der römischen Kongregationen — soll bis zum 15. März abgeschlossen sein. Die dritte Aufgabe ist bereits zur Hälfte durch die Katalogisierung erfüllt worden. Die Gutachten der Theologen und Kirchenrechtler dazu sollen im Laufe des Frühjahres eingehen. Ihre Aufgabe wird es — nach einer Formulierung René Marlés in „Études“ (März 1960) — sein, „diese mehr oder weniger neuen Probleme im Licht einer mehr als zweitausendjährigen Tradition zu klären“. Die letzte der Aufgaben bleibt noch zu lösen.

NCWC News Service glaubt zu wissen, daß Papst Johannes neben der Durchsicht der zusammengefaßten Anregungen der Bischöfe auch noch eine historische Untersuchung der Dokumente der bisherigen 20 Ökumenischen Konzile begonnen hat.

„Sammlung“

René Marlé betont in dem eben erwähnten Überblick zum Stand der Konzilsvorbereitungen („Un an après l'annonce du Concile“) den Begriff der „Sammlung“, der inneren Einkehr im religiösen Sinn, dem die Kirche sich vor allem zur Vorbereitung des Konzils unterziehe, nicht nur durch ihr Beten und Flehen, sondern auch durch die Vorarbeiten der an diesen beteiligten Personen. Die Kirche will, wie Papst Johannes immer wieder betont hat, ihre eigene Einheit und den Glanz ihres Glaubens festigen, wobei sie jedoch nie die übrige christliche Welt vergessen wird. Und „wenn die katholische Kirche sich gegenwärtig ‚sammelt‘“, so schreibt Marlé, „wie könnte sie es anders tun als in Dem, den alle Christen als ihren Herrn bekennen?“ Gerade um dieser „Sammlung“ willen ist die Dauer der vorbereitenden Zeit vor dem Konzil von großer Bedeutung. Die wahre Aufgabe, zumal der Theologen, besteht nicht darin, die Wünsche und Anregungen von mehr als 2000 Konzilsteilnehmern zusammenzufassen und die wichtigsten Fragen (Wiedervereinigung im Glauben, Laienapostolat, Liturgie usw.) herauszuarbeiten, sondern diese Probleme in die Tradition einzufügen, und das bedeutet, sie auf die Botschaft Christi und den Geist Gottes in der Kirche zurückzuführen, sie auf das Fundament zu stellen, das allein das einer künftigen Einheit sein kann. In diesem Sinn wird das Konzil — wie der Papst gesagt hat — sich vor allem vornehmen, im Hinblick auf die Wiedervereinigung Hindernisse aus dem Weg zu räumen (vgl. Documentation Catholique 1959, Sp. 1099).

Papst Johannes über das Konzil

Der Heilige Vater selber hat sich in letzter Zeit wiederum mehrmals und in verschiedener Hinsicht über das Konzil geäußert. Als er bei seiner Abschlußansprache zur römischen Diözesansynode in St. Peter auf das Konzil hinwies, stellte er es unter den besonderen Schutz dreier großer

Kirchenväter, deren Gräber sich im Petersdom befinden: Gregors von Nazianz und Johannes' Chrysostomus, die beide Patriarchen von Byzanz waren, und Papst Gregors des Großen.

Wenige Tage später, am Fest Mariä Lichtmeß, sprach er in besonders bewegten Worten von dem künftigen Konzil. An diesem Tag bringen traditionsgemäß die Kapitel der römischen Basiliken, der Malteserorden und der Orden vom Heiligen Grab, die Nationalkirchen in Rom, die Kollegien, Seminare und religiösen Institute Roms dem Papst als dem Bischof von Rom geweihte Kerzen, die mehrere Kilogramm schwer und mit Spitzen kunstvoll dekoriert sind. In einer kurzen Ansprache bei dieser Gelegenheit sagte der Papst:

„... Als Wir Uns heute morgen dem Altar Unserer Privatkapelle zur Feier der Frühmesse nahten, haben Wir Unser demütiges Leben als Opfergabe für das Ökumenische Konzil dargeboten; und Wir haben beschlossen, daß diese schönen, künstlerisch geschmückten Kerzen in alle Welt hinaus sollen, um zu den berühmtesten Heiligtümern aller Nationen zu gehen, die die Volksfrömmigkeit zu Ehren Christi, der Muttergottes, des hl. Joseph und der berühmtesten heiligen Apostel und Bekenner errichtet hat. Wir vertrauen darauf, daß die Kerzen in diesen Heiligtümern eine Einladung an die Gläubigen aller Rassen und aller Sprachen darstellen werden, sich mit dem Papst im Gebet zusammenzuschließen, damit die Vorbereitung und der Ablauf des künftigen Konzils, wie der Vorübergang des Engels des Herrn, allen Seelen das Zeichen eines Erwachens der Kräfte, eines Aufschwungs der Liebe aufprägt, so daß sie sich zu der heiligen katholischen und apostolischen Kirche erheben, die Christus in der Einheit der Herde und des Hirten finden will...“

Am 15. Februar sprach der Papst zum Zentralrat der Katholischen Aktion in Italien und am 20. Februar zu einer Gruppe von Bologneser Priestern unter Leitung Kardinal Lercaros von Bologna über das Konzil. In beiden Ansprachen betonte er den Bezug des Konzils auf die Wiedervereinigung der getrennten Christen in dem Sinn, daß die innere Erneuerung der katholischen Kirche die wahre und einzig wirksame Vorarbeit für jene darstelle. Vor der Katholischen Aktion sagte er, wie schon oft, daß „wenn die getrennten Brüder, die sich losgelöst haben und auch unter sich uneins sind, die gemeinsame Sehnsucht nach Einheit verwirklichen wollen, können wir ihnen mit großer Liebe sagen: dies ist euer Haus; dies ist das Haus aller, die das Zeichen Christi tragen. Wenn dagegen, wie einige sagen, ein Wunsch besteht, Diskussionen und Debatten zu eröffnen, würde nichts erreicht werden.“ Damit ist nicht nur, wie erkenntlich, der bisherige Weg des „Weltrats der Kirchen“ abgelehnt, sondern vor allem auch — wenn man es einmal so ausdrücken will — unterstrichen, daß heute wie immer ein wirkliches Fortschreiten in der Verwirklichung des Willens Christi, in diesem Falle auf die Einheit hin, nur durch Umkehr und Erneuerung aller erreicht werden kann. Nach dem Willen des Papstes wird das Konzil — wie Kardinal Tardini in dem eingangs erwähnten Interview mitteilte — auch „nicht vorwiegend dogmatisch“ sein, sondern die Fragen christlicher Verwirklichung behandeln.

Vor den Bologneser Priestern wies Papst Johannes (Osservatore Romano, 21. Februar 1960) darauf hin, daß im Jahre 1897 noch ein Brief des großen Papstes Leo XIII., der die getrennten Christen zur Rückkehr ins Vaterhaus einlud, mit bitterer Ablehnung, ja mit unerträglichem

Hohn aufgenommen wurde, daß aber bei der bloßen Ankündigung des jetzigen Konzils die hochgespanntesten Hoffnungen zum Ausdruck kamen. Der Papst fuhr fort: „Die grundlegende Funktion eines Konzils betrifft immer die innere Einheit der Kirche; wenn wir vorher schon Gerüchten und Vorschlägen von außen Gehör schenken und sie zu diskutieren anfangen wollten, würden andere unseren Weg durchkreuzen, und bald würden verwickelte Hindernisse entstehen. Die Kirche muß dagegen vor allem daran denken, daß sie selbst ständig lebendig und auf ihr Ziel gerichtet bleibt und mit neuem Schwung auf den göttlichen Plan antwortet, den unser Herr festgelegt hat. Haben wir erst einmal die besten Lösungen erkannt, uns über sie geeinigt und sie dargelegt, auch im Hinblick auf die neuen Erfordernisse der Zeit, so werden wir den getrennten Brüdern den sicheren Weg zu jener Einheit aufweisen können, nach der auch sie sich sehnen.“

Die Annäherung an den nichtkatholischen christlichen Osten

Dergleichen Äußerungen hat Papst Johannes XXIII. nun schon oft getan. Sie lassen keinen Zweifel darüber, daß er die Wiederherstellung der Einheit der Christen in der Rückkehr der getrennten Christen zu jener — allerdings erneuerten — Kirche sieht, die der Nachfolger Petri leitet. Aber es hat sich bestätigt, daß solche Äußerungen — zum mindesten im christlichen Osten — keine ablehnende Haltung mehr erwecken wie zur Zeit Leos XIII., sondern Verständnis finden. Zumal mit dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel sind die Beziehungen immer reger geworden (vgl. auch Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 221 f.). Hohe Würdenträger der katholischen Kirche haben ihn besucht — was bis vor kurzem noch undenkbar erschien. So empfing Patriarch Athenagoras auf seiner Besuchsreise zu den orthodoxen Patriarchen der alten Patriarchalsitze Alexandrien, Antiochien und Jerusalem im vergangenen November in Jerusalem den Besuch des dortigen katholischen Patriarchen des lateinischen Ritus, Alberto Gori OFM, und des Apostolischen Delegaten für Jerusalem und Palästina, Erzbischof Giuseppe Sensi. An diesem Treffen, bei dem auch der katholische Kustos des Heiligen Landes, P. Alfredo Polidori OFM, und andere hohe katholische Geistliche anwesend waren, nahmen auch der griechisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem, Benediktos, ein orthodoxer Bischof von Zypern und der orthodoxe Bischof von Athen teil. Im Libanon empfing der Patriarch den Besuch des dortigen Apostolischen Delegaten, Erzbischof Paolo Bertoli. Kurz nach seiner Rückkehr nach Konstantinopel machte der dortige Apostolische Delegat, Erzbischof Lardone (der jetzt zum ersten Internuntius des Heiligen Stuhls in der Türkei ernannt worden ist), dem Patriarchen einen Besuch, der ihn in einer 40 Minuten dauernden Privataudienz ohne Zeugen empfing. Ende Dezember besuchte auch Kardinal Spellman von New York den Patriarchen anlässlich eines Aufenthaltes in Konstantinopel und hatte eine halbstündige Privatunterhaltung ohne Zeugen mit ihm. Es war das erste Mal, daß ein Kardinal einen orthodoxen Patriarchen besuchte. Alle diese Kontakte darf man als Anzeichen dafür ansehen, daß der Aufruf zur Wiedervereinigung, der mit dem Konzilsgedanken verbunden bleibt, bei den orthodoxen Kirchen des Nahen Ostens eine Bewegung ausgelöst hat, die lebenskräftig zu sein scheint. Anfang Februar meldete epd, der Ökumenische Patriarch

habe den Papst in einem Schreiben „davon unterrichtet, daß er wahrscheinlich im September eine panorthodoxe Kirchenkonferenz abhalten werde, um die Entscheidung der orthodoxen Kirche in der Frage einer Teilnahme an dem römischen Konzil herbeizuführen“. Mit diesem Schreiben beantwortete der Patriarch, wie es hier heißt, eine Weihnachtsbotschaft des Papstes, der darum gebeten hatte, der Patriarch möge „einen Beitrag zur Einigung unter den Christen“ leisten. Der Patriarch betonte, er könne diesen Appell nicht unbeantwortet lassen. Es ist stets schwer festzustellen, ob eine solche Meldung genau den Tatsachen entspricht. Aber wenn es so sein sollte, dann würde die orthodoxe Kirche durch die Klärung ihrer eigenen Position genau in der Weise einen Beitrag zur Einigung leisten, wie die katholische Kirche es zu tun beabsichtigt: durch die Erkenntnis und Verlebendigung der Fülle der Tradition.

Wird die Einheit ein Thema des Konzils sein?

Trotz aller Äußerungen des Papstes über die notwendige Wiedervereinigung der getrennten Christen, trotz der lebhaftesten Anteilnahme der gesamten nichtkatholischen Christenheit an dieser Frage und trotz der bemerkenswerten Schritte einer bis vor kurzem noch undenkbaren Fühlungnahme scheint es nicht, als ob die Frage der unmittelbaren Wiedervereinigung zu den Themen gehören wird, die das Konzil auf sein Programm setzt. Die offiziellen Themen werden die innere Erneuerung der Kirche betreffen, nämlich — wie der Papst es in der Enzyklika *Ad Petri Cathedram* vom 29. Juni formulierte — „die Entwicklung des katholischen Glaubens zu fördern, das christliche Leben der Gläubigen zu erneuern und die kirchliche Disziplin den Erfordernissen unserer Zeit anzupassen“. Erst als Folge davon wird das Konzil, „als großartiges Schauspiel der Wahrheit, Einheit und Liebe“, auch für die getrennten Christen „eine milde Einladung sein, diese Einheit zu suchen und zu finden . . .“ (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 542).

Aber — um den Ausführungen Dom Olivier Rousseaus, Prior des für die Union arbeitenden belgischen Benediktinerklosters Chevetogne, in einem Aufsatz in „Informations Catholiques Internationales“ Nr. 112, 15. Januar 1960, zu folgen: Papst Johannes hat selber schon bald nach der Ankündigung des Konzils, von dem er erhofft, daß es der Wiedervereinigung im Glauben dient, gesagt, es könne sich zunächst nur um einen ersten Schritt, um eine Annäherung handeln. Auf eine tatsächliche Wiedervereinigung ist man in Wahrheit noch sehr wenig vorbereitet. Unter Wiedervereinigung verstehen die Christen der verschiedenen Kirchen und Konfessionen nicht das gleiche. Und wenn eine Bewegung der Annäherung zweifellos seit einigen Jahren im Gange ist, so hat sie doch bei weitem noch nicht alle Schichten der Gläubigen erreicht.

Es scheint, so schreibt Dom Rousseau, daß die Fragebogen, die an die Bischöfe und die katholischen Universitäten gegangen sind, die Frage der Wiedervereinigung nicht enthalten. Aber jeder von ihnen kann sie auf seine Weise und von sich aus zur Sprache bringen. Und wenn sie nicht als besonderes Thema auf der Tagesordnung erscheinen sollte, so wird sie doch ohne Zweifel ständig bei der Vorbereitung des Konzils und auf dem Konzil selbst gegenwärtig sein. Zu den „Bedürfnissen unserer Zeit“ scheint in ganz ungewöhnlich dringlicher Weise das Bedürfnis

nach Einheit zu gehören. Dom Rousseau nimmt an, daß es in dieser Form auf dem Konzil zur Sprache kommt, und er erhofft vor allem, daß das Konzil dann einen ständigen Organismus schaffen wird, der innerhalb der katholischen Kirche für eine fernere Zukunft die Wege für eine Wiedervereinigung ebnet. Dieser Organismus könnte etwa der „Konzilskongregation“ entsprechen, die nach dem Konzil von Trient ins Leben gerufen wurde, um die Durchführung von dessen Ideen weiter zu treiben und zu überwachen. Ein solcher Organismus könnte ein ganz bestimmtes Arbeitsgebiet, ein umfassendes Programm und Methoden entwickeln, die dem, was seit mehr als 40 Jahren außerhalb der katholischen Kirche für die Einheit der Christen geschehen ist, gerecht werden würden. Ein einziges Konzil kann die heute noch so unbestimmten Ideen, die diese Fragen betreffen, nicht zur Klärung bringen.

Aus Süd- und Westeuropa

Kongress der Christlichen Arbeitervereine Italiens Die Christlichen Arbeitervereine Italiens (ACLI) haben im vergangenen

Dezember ihren alle zwei Jahre stattfindenden Nationalkongress in Mailand abgehalten und auf diesem Kongress einige wichtige Fragen behandelt, die sich in sehr ähnlicher Weise auch den christlich inspirierten Gewerkschaften Italiens (CISL) stellen und von diesen bereits auf ihrem letztjährigen Nationalkongress besprochen worden sind. Es handelt sich dabei weitgehend um Grundfragen christlicher Gewerkschaften und christlicher Arbeiterbewegungen überhaupt. Ihren Kernpunkt bildet das Problem der Autonomie dieser Bewegungen — Arbeiterverein oder Gewerkschaft — gegenüber den verschiedenen anderen Kräften des sozialen und politischen Lebens. Das Thema des Mailänder Kongresses der ACLI lautete: „Eine starke Bewegung zur Verteidigung der Demokratie und der Arbeiter“. Eine lange Schlußerklärung unterstrich und umriß im Hinblick auf die politische Haltung der ACLI ihre Unabhängigkeit gegenüber Partei und Regierung, betonte aber zugleich, daß das nicht bedeuten könne, sie wolle sich ihrer Aufgabe entziehen, an einer politischen, demokratischen Erneuerung und an den wirtschaftlichen, sozialen und erzieherischen Problemen der Nation, soweit sie die Arbeiterschaft betreffen, mitzuwirken.

Ein interessanter Aufsatz in der von einer Mailänder Jesuitengruppe herausgegebenen Zeitschrift „Aggiornamenti sociali“ (Februar 1960) arbeitet die Probleme deutlich heraus, wie sie sich dem Kongress stellten und insbesondere in dem großen Bericht, den die Leitung der Christlichen Arbeitervereine Italiens vorlegte, zum Ausdruck kamen. Es handelt sich dabei auch um die Erfüllung einer Forderung der kirchlichen Autorität, die zwar die politische Stellungnahme und die soziale Arbeit der Christlichen Arbeitervereine durchaus bejaht, aber nicht wünscht, daß sie zu einem politischen Organ werden.

Bevor wir die Probleme der Christlichen Arbeitervereine Italiens in diesem Augenblick darlegen, seien einige statistische Daten gegeben:

Statistisches

Die ACLI hatten 1959 1 007 500 eingeschriebene Mitglieder, von denen 52 % auf Norditalien, 23 % auf Mittelitalien und 24 % auf den Süden und die Inseln entfielen. Die ACLI umfaßten 1957 7063 Arbeitsgruppen,

die sich bis 1959 auf 7500 erhöhten. Diese entfalten eine lebhafteste Tätigkeit vor allem in Kursen zur Berufsausbildung: 6893 Kurse mit 165 852 Teilnehmern; verschiedenartigste Unterstützungstätigkeiten der ACLI erstreckten sich im Jahre 1958 auf 1 976 000 Arbeiter. 1959 ist eine neue Zentralschule zur Ausbildung von Führungskräften gegründet worden; daneben haben weitere 25 Ausbildungskurse durch das Zentrale Ausbildungsbüro stattgefunden.

Demokratie und Arbeiterbewegung

Das Thema des Kongresses erforderte eine Definition der Begriffe Demokratie und Arbeiterbewegung. Im Generalbericht wurde das Wesen der Demokratie in der Befreiung und Respektierung der Person und einem Zusammenleben gesehen, das die Entfaltung jeder Person und jeder sozialen Gruppe erleichtert. „Die Demokratie ist nicht so sehr eine Gesamtheit von Einrichtungen, Garantien, Beziehungen, als vielmehr die geordnete Zusammenarbeit eines ganzen Volkes zum Aufbau und zur Entwicklung einer offenen und solidarischen Gesellschaft . . . In diesem Rahmen steht die Arbeiterbewegung an erster Stelle auf Grund der Summe von Werten, Interessen, Impulsen, die sie vertritt . . .“

Da Italien ein Land ist, in dem in weiten Gebieten noch strukturelle Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung und dadurch wirkliches Elend herrscht, liegt die Gefahr nahe, daß eine Arbeiterbewegung ihr Ziel ausschließlich in der Beseitigung dieser materiellen Mißstände sieht. Demgegenüber betont die christliche Arbeiterbewegung ausdrücklich die Bedeutung der ideellen und moralischen Werte, die die Grundlage eines Staates und einer Zivilisation ausmachen. Sie behalten ihre Bedeutung und ihr Gewicht auch in sozial zurückgebliebenen Verhältnissen. Diese Werte sind vor allem dem Gewissen, der Erziehung, der Hingabe und den Sitten anvertraut. Die erste und innerste Kraft der Person ist das Gewissen und sein Ruf; jeder, der den religiösen Glauben besitzt und anerkennt, weiß das. Doch gerade diese ideellen und religiösen Werte verlangen eine umfassende Änderung auch der materiell-sozialen Verhältnisse.

Dieser Gedankengang setzt Demokratie und Arbeiterbewegung in enge Verbindung. Doch um die Berechtigung, Funktion und Sendung der ACLI zu verstehen, ist noch eine Präzisierung nötig: rein ideell liegt wohl schon in der Idee einer Arbeiterbewegung ganz allgemein die Neigung zur Demokratie, aber „in Wirklichkeit haben sich nur einige Bewegungen mit einem demokratischen Leitbild, andere jedoch ohne ein solches herausgebildet . . .“ Darum kann „auch in der konkreten Wirklichkeit unseres Landes nur jener Teil der Arbeiterbewegung für die Verteidigung der Demokratie und der Arbeiter wirken, der uneingeschränkt alle Werte der Demokratie als Technik des Zusammenlebens und als ideale Form der staatsbürgerlichen Gesellschaft akzeptiert“. Das ist Leitbild und Aktionsziel der ACLI.

Der christliche Charakter der ACLI drückt sich vor allem darin aus, daß sie die christliche Soziallehre als Grundlage und Leitfaden ihres Handelns sowohl für den einzelnen wie für die ganze Bewegung als solche angenommen haben. Wollen sie aber diesen christlichen Charakter wirklich ernst nehmen, so können sie das nur in treuem Gehorsam gegenüber der Lehre und der Hierarchie der Kirche. Dieser Gehorsam stellt keine Beengung dar, sondern eine

Bereicherung und einen Schutz, damit die Bewegung ihre Kräfte nicht auf falschen Wegen vergeudet.

Die politische Haltung und die sozialen Ziele der ACLI

Am lebhaftesten diskutiert wurden auf dem Mailänder Kongreß der ACLI die sozialen Aufgaben und die politische Haltung der Bewegung. Die wichtigsten Leistungen des Kongresses bestanden wohl auch in den Versuchen einer Definition der Art und Weise, wie die ACLI in diesen Bereichen am wirksamsten und zugleich grundsatztreu arbeiten könne. Diese Klärung war um so notwendiger, weil die politische Haltung der ACLI vor einem Jahr, als innerhalb der Democrazia Cristiana eine neue Gruppe, das „Rinnovamento“, entstand, von dem es hieß, es sei zum großen Teil aus Männern der CISL und der ACLI sowie einigen Intellektuellen der linken Mitte der Partei getragen, von andern katholischen Gruppen, zumal der um den „Quotidiano“, heftig angegriffen worden war. Gegenüber den mißverständlichen Deutungen, die dabei vom Wesen der Christlichen Arbeiterbewegung gegeben worden waren, wollte man jetzt ihre wahre Haltung herausarbeiten und den einzelnen Mitgliedern ebenso wie der Bewegung selbst Richtlinien geben.

Die christliche Arbeiterbewegung Italiens erhebt auf Grund ihrer religiösen Unterbauung den Anspruch, zur eigentlichen Leitung der gesamten Arbeiterschaft berufen zu sein. „Wollte man den ACLI die Breite ihres politischen und sozialen Einsatzes nehmen, so würde man die Notwendigkeit einer christlichen Inspiration und Führung für die gesamte italienische Arbeiterschaft leugnen. Wer solche Einschränkungen vorschlägt, merkt nicht, daß die Folge davon die Preisgabe der Arbeiterschaft an einen anderen Geist und eine ganz andere Durchdringung sein würde, wobei zum mindesten in der Praxis alles negiert würde, was die Kirche und die katholische Sozialbewegung seit Jahrhunderten und bis in die Gegenwart vertreten haben.“

Auf Grund dieser erneut hervorgehobenen Position waren die ACLI gezwungen, ihre bisherigen Methoden nochmals zu prüfen und sich über ihre Anwendbarkeit für die Zukunft schlüssig zu werden. Es handelte sich dabei sowohl um die direkte wie um die indirekte Aktion.

Es wurde erneut bestätigt, daß die direkte Aktion das Wesen der Bewegung am besten zum Ausdruck bringt und sie in den Augen der öffentlichen Meinung rechtfertigt, daß jedoch die indirekte Aktion — die in der Hauptsache in der Betätigung der Mitglieder der ACLI persönlich, nicht im bestimmten Auftrag der Bewegung, besteht — sich oft als wirksamer oder als die einzige Möglichkeit zur Tat erwiesen hat. Dagegen besteht zumal in den letzten zwei Jahren eine Tendenz, die direkte Aktion, d. h. die Aktion der Bewegung selbst, stärker zu betonen. (Als Beispiel hierfür wurde u. a. die Aktion der ACLI bei der Krise des Unternehmens „Galileo“ — vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 353 — herangezogen. Hier wie in anderen Fällen hat der Einsatz der ACLI die öffentliche Meinung weitgehend mitbestimmt.) Es versteht sich von selbst, daß die Wirksamkeit des direkten Eingreifens der ACLI in die Meinungsbildung je nach den Problemen und Situationen mehr oder weniger erfolgreich ist. Bei manchen Fragen sind Untersuchungen, Aufdecken von gewissen Zuständen, öffentliche Kundgebungen und offizielle Stellungnahmen von entscheidender Bedeutung, in anderen dagegen, z. B. wenn es sich um das Durchbringen von

Gesetzesvorlagen oder Tarifverträgen handelt, ist ein Einfluß auf die Entscheidungen nur auf indirektem Wege, d. h. durch die Zugehörigkeit von Mitgliedern der ACLI zu gewissen Körperschaften, z. B. zum Parlament, zu erreichen. Darum kann im gegenwärtigen Augenblick auf dieses indirekte Wirken nicht verzichtet werden, wenn auch gewisse Meinungen dagegen anführen, die Zugehörigkeit zum Parlament oder zu provinziellen und kommunalen Parteigruppen schade der Autonomie der christlichen Arbeitergruppen. Würden die ACLI auf ihr indirektes Wirken durch einzelne ihrer Mitglieder verzichten, so bestünde die Gefahr, daß sich ihr Wirken auf unwirksame, rein deklamatorische Protestaktionen beschränken müßte. Kurz, es besteht vorläufig eine Notwendigkeit sowohl für das direkte wie für das indirekte Wirken.

Diese These erscheint — wie der Verfasser des Berichtes in „Aggiornamenti sociali“, M. Reina, an dieser Stelle einfügt — der Jesuitengruppe, die die Zeitschrift herausgibt und gestaltet, als eine objektive Wertung der heutigen Lage in Italien, die die daraus folgenden Pflichten der christlichen Arbeiterbewegung richtig beurteilt. Ihre Verwirklichung ist kein leichtes Problem für die ACLI; die Mitglieder der Bewegung werden täglich vor diese Aufgabe gestellt. „Aggiornamenti sociali“ hält es für bedeutsam, daß der Kongreß mit fast völliger Einstimmigkeit sich zu beiden Aktionsformen, der direkten und der indirekten, bekannt hat. Diejenigen, die — aus verschiedenen Gründen — gegen eine ausgeglichene Anwendung beider Methoden und für eine ausschließliche Anwendung nur der direkten waren, müssen bedenken, daß die Anwesenheit von Mitgliedern der ACLI in der Democrazia Cristiana bereits eine Bedeutung und ein Gewicht gewonnen hat, die niemand außer acht lassen kann. Würden sie jetzt zurückgezogen oder geschwächt, so würde das unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Partei erheblich schaden. Die Partei hat die Mitarbeit qualifizierter Männer, die mit der Arbeiterwelt verbunden sind, sehr nötig; und es genügt nicht, daß diese Männer aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, sie müssen sich auch ständig von dieser gestützt wissen.

Prinzip der Ämtertrennung

Das Problem, ob führende Posten in der provinziellen oder nationalen Leitung der ACLI mit einem Sitz im Parlament vereinbar sind, beschäftigt die Führung der ACLI bereits seit ihrem Nationalkongreß von 1952; die Mailänder ACLI erhoben die Unvereinbarkeit 1953 zum Grundsatz. Die wichtigsten Argumente, die für diese Trennung (die die Kirche im übrigen wünscht) angeführt werden, sind einerseits die Autonomie der Bewegung gegenüber Partei und Regierung und andererseits die Gefahren einer Häufung von Ämtern auf eine Person. Es wurde allerdings stets anerkannt, daß sich der Grundsatz der Unvereinbarkeit von ACLI-Ämtern mit parlamentarischen Ämtern nicht von heute auf morgen durchführen ließe. Übrigens haben die Freien Gewerkschaften Italiens (CISL) das Problem unter ähnlichen Gesichtspunkten ebenfalls auf ihrem vorjährigen Nationalkongreß diskutiert.

Daß das Prinzip der Unvereinbarkeit nicht sofort durchgeführt werden könne, mußten im übrigen selbst seine leidenschaftlichsten Verfechter zugeben. Die praktischen Schwierigkeiten, Ersatz für die freiwerdenden Posten entweder im politischen Leben oder in der Leitung der christlichen Arbeiterbewegung zu finden, wären unlösbar.

Doch auch die psychologische und ideologische Schwierigkeit, die ACLI nicht zu einer Bewegung des Protestes, einer Bewegung ohne Einsatz, ohne Verantwortlichkeiten werden zu lassen, darf nicht leicht genommen werden. Eine andere Sache ist es, die Bedeutung des Prinzips der Unvereinbarkeit für den Fall, daß es einmal möglich würde, es durchzuführen, herauszuarbeiten. Eine solche Klärung hat der Kongreß nach Ansicht der Gruppe der „Aggiornamenti sociali“ tatsächlich geleistet.

Das Prinzip der Unvereinbarkeit darf auf keinen Fall bedeuten, daß sich die ACLI nicht für die politische Aktion interessiert. Im Gegenteil wird die Mitarbeit von Mitgliedern der ACLI in der Partei und im Parlament für den Augenblick noch als eine Pflicht der Verteidigung der Arbeiterschaft und der Demokratie und zugleich als Gelegenheit gebilligt, den Verantwortungswillen und die Bereitschaft der Bewegung zur Zusammenarbeit mit anderen sozialen Gruppen und Organismen zu betätigen, und auch als Mittel, die katholischen Arbeiter zu einem klareren Bewußtsein des umfassenden Charakters der Probleme kommen zu lassen.

Demgegenüber soll jedoch die grundsätzliche Annahme des Prinzips der Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Übernahme von Ämtern in Partei und Parlament und in den ACLI der Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung dienen; diese Unabhängigkeit ist notwendig, um die wahre Gestalt eines demokratischen Staates mit pluralistischer Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Die echte Aufgabe der ACLI gegenüber der Partei und dem Parlament wird es — sobald das Prinzip der Unvereinbarkeit durchführbar ist — sein, die christlichen Arbeiter so zu formen, daß sie später Ämter in Partei und Politik übernehmen können. Das Prinzip der Unvereinbarkeit wird dann die ACLI davor bewahren, in die Gegensätze der Gruppen innerhalb der Democrazia Cristiana mit hineingezogen zu werden. Das ist auch die Meinung und der Wunsch der kirchlichen Autoritäten.

Gewisse interessierte Kreise hatten das Problem der Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Arbeit in den ACLI und der Übernahme politischer Ämter und Aufgaben für unlösbar erklärt und behauptet, es gäbe nur entweder die Möglichkeit, auf die Autonomie der christlichen Arbeiterbewegung zu verzichten, oder die Möglichkeit, gegen die kirchliche Autorität zu rebellieren, die diese Forderung stellte. Nach der Meinung der Jesuitengruppe von „Aggiornamenti sociali“ hat der Kongreß in Mailand jedoch eine Formel gefunden, die das Problem überbrückt. Vorläufig ist die jetzige Praxis unvermeidlich; die Trennung ist jedoch als ideale Lösung anzustreben.

Hirtenbrief des spanischen Episkopats zugunsten der Arbeiter

Zuletzt vor dreieinhalb Jahren haben die spanischen Metropoliten scharfe Mahnungen zur sozialen Lage ausgesprochen (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 79 f.). Unter dem Datum des 15. Januar 1960 haben sie diese Tradition wiederaufgenommen (vgl. den ersten derartigen Hirtenbrief in Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 550 ff.). Sie begrüßen das lebendige Echo, das die vergangenen Hirtenworte gefunden haben. „Wir müssen aber anerkennen, daß noch viele Etappen zurückzulegen sind, ehe das soziale Gewissen unserer Volkes jene Höhe erreicht hat, wie sie die glorreiche christliche Tradition und der notwendige Aufbau einer besseren Welt heute

fordern. Von uns aus wollen wir keine Anstrengung scheuen, um diese Entwicklung zu beschleunigen... Im Bewußtsein dieser unserer Pflicht und nur auf das Wohl der Seelen bedacht, wollen wir die Maßstäbe des Evangeliums heute an eine Sache legen, die uns und viele andere lebhaft beschäftigt. Wir meinen die Maßnahmen, die kürzlich in unserem Land ergriffen wurden, um eine Währungsstabilisierung zu erreichen und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben“ (vgl. „Spanische Wirtschaft im Kreuzfeuer“, Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 554—559).

Die Reichen sollen sparen

Als die „christliche Haltung“ in dieser wirtschaftlichen Situation Spaniens fordern die elf Metropolen (darunter vier Kardinäle) und der Erzbischof, die das Dokument unterzeichnet haben: Zurückhaltung und Sparsamkeit. „Zurückhaltung und Sparsamkeit vor allem bei den herrschenden Schichten, die durch ihr eigenes Beispiel zum Vorbild für die anderen verpflichtet sind: Zurückhaltung in ihrem persönlichen und privaten Leben, Disziplin in ihren öffentlichen Handlungen. Das bedeutet die Vermeidung aller unnötigen Ausgaben und sogar der Verzicht auf alles, was nicht absolut von ihren Aufgaben her gefordert ist... Zurückhaltung und Sparsamkeit bei den Reichen, bei den Wohlhabenden und besonders bei den Unternehmern und Betriebsinhabern. Es wäre einfach ungerecht, von den Arbeitern und Angestellten Sparsamkeit zu fordern und ihnen in jeder Hinsicht unzureichende Löhne zu zahlen, während jene hingegen fette Einkünfte einstreichen, sich nicht mit normalen Gewinnspannen zufriedengeben und sogar die Investitionen vernachlässigen, die zur Verbesserung der Betriebseinrichtung und Unternehmensstruktur nötig sind... Sparsamkeit, Unterdrückung des Luxus und Mäßigung bei den oft teuren Vergnügungen, das bedeutet: nicht einen Lebenszug bestreiten (wie es heute so schön heißt), der mit der christlichen Bescheidenheit nicht mehr zu vereinbaren ist und für die unteren Schichten ein Ärgernis darstellt.“ Im einzelnen fordern die Bischöfe dann noch Zurückhaltung und Sparsamkeit „bei den Funktionären und Angestellten“, „bei den Priestern und Ordensleuten“ und schließlich auch bei den Arbeitern selbst.

Forderungen der sozialen Gerechtigkeit

Darüber hinaus aber erinnert das Hirtenschreiben „deutlicher als jemals zuvor“ an die soziale Gerechtigkeit. „Erneut mahnen wir alle dazu, Schritte zu unternehmen in Richtung auf eine gerechtere Verteilung aller Güter und einen gleichmäßigeren Ausgleich aller Lasten, um die sozialen Abstände zu verringern und empörende Ungleichheiten zu beseitigen. Gewiß beruhen die Maßnahmen der wirtschaftlichen Stabilisierung zum großen Teil auf der Wirksamkeit der privaten Initiative. Aber sie fordern von dieser ein klares Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Gesellschaft und besonders für die Beschäftigten in abhängiger Stellung. Das muß um so deutlicher in Erinnerung gerufen werden, weil die planwirtschaftliche Periode, in der unser Land lebte, viel dazu beigetragen hat, die weitreichende Verantwortung der Privatinitiative vergessen zu lassen.“

„Niemand kann den Arbeitern, die — gestützt auf ihre Organisationen — ihre Ansprüche angemeldet haben, die

Schuld geben, daß sie die wahnsinnige Preis-Lohn-Spirale vorangetrieben haben. Man kann ihnen vielleicht andere Mängel zuschreiben, aber man wird feststellen müssen, daß diese entweder auch für die übrigen Schichten der Gesellschaft gelten oder aber ihre Erklärung in der Tatsache finden, daß die Arbeiter einen übermäßigen Teil der allgemeinen Opfer zu tragen hatten, sowohl was das Lohnniveau wie die Arbeitszeit oder die Betriebsausrüstung betrifft... Gerade gegenüber den Arbeitern hat der Staat heute eine besondere moralische Verpflichtung. Die arbeitenden Menschen spüren, daß sie den Grundstein für jeden Wirtschaftsplan und jede Wirtschaftsreform bilden. Pflicht des Staates ist es, ihnen die Furcht zu nehmen, daß die nachteiligen Folgen einer solchen Reform viel mehr sie als die Reichen und Mächtigen trifft.“

Die Erzbischöfe widmen sich dann noch einigen speziellen Problemen des spanischen Wirtschaftssystems, so der versteckten Arbeitslosigkeit („nach der Meinung der Fachleute eine typische Krankheit unseres Landes“) und den Gelegenheitsarbeitern. Die Beseitigung der Wirtschaftsmonopole und parasitärer Zwischenhändler nennen sie „ein striktes Erfordernis des Gemeinwohls“.

„Ausgangsposition für die Parteienfreiheit“?

Das Hirtenwort hat in der Presse des Auslands ein überdurchschnittliches Echo gefunden. Von den wenigen deutschen Korrespondenten, die es in Spanien gibt, wurde es allerdings einseitig politisch ausgelegt. Werner Schulz („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 18. 2. 60) unterstellt den Bischöfen, sie „wollen günstige Ausgangspositionen für eine früher oder später unaufhaltsame Rückkehr zur Parteienfreiheit gewinnen“. Gottfried Grosse (alias „Enrique Barth“, „Süddeutsche Zeitung“, 20. 2. 60; alias „H. F. Barth“, „Der Tagesspiegel“, 17. 2. 60) dagegen behauptet, der Hirtenbrief „kann keinesfalls als eine Kritik an der Sozialpolitik des Regimes verstanden werden... Selbst wenn die spanische Kirche heute den klaren und einmütigen Willen hätte, einen deutlichen Trennungsstrich zwischen sich und dem Staat zu ziehen, wäre es fraglich, ob das für sie ratsam wäre... Die Termine sind versäumt worden. Der Klerus sieht seine einzige Chance in dem, was die gemeinsame Erklärung der Erzbischöfe vorschlägt — in einer allmählichen Überleitung, im Abschleifen der sozialen Gegensätze, im sanften Übergang. Aber die Aussichten dafür sind nicht gut, wie von kritischen Geistlichen unumwunden zugegeben wird.“ Das klingt reichlich „realpolitisch“, wenn man dazu den Satz aus einem anderen Beitrag des gleichen Autors hält („Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung“, 22. 2. 60): „Nüchtern betrachtet, wäre es nicht leicht, der Kirche einen anderen Kurs als den jetzigen anzuraten.“

Aus Amerika

Kirche und Trujillo-Diktatur Von den merkwürdigen staatlichen Verhältnissen in Haiti war an dieser Stelle in den vergangenen Monaten bereits die Rede (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 59f. und 254f.). Die dort geschilderten Verhältnisse sind für Lateinamerika durchaus nicht einzigartig, sondern eher repräsentativ. In der Verfassung des Nachbarstaates auf der gleichen Insel, der Dominikanischen Republik, stand als unnachahmliche Definition für die Regierung: „durchaus bürgerlich, re-

publikanisch, demokratisch, repräsentativ, abwechselnd, unverantwortlich“ (Verfassungsurkunden von 1896 und 1908). Über die Justiz des Landes schrieb das dominikanische Justizministerium selber in einem Bericht von 1883: Die Bürger können ihre Rechte nicht finden „teils wegen der Unwissenheit, teils wegen des verkommenen Gewissens der Richter“. Die Verhältnisse sind seit damals kaum besser geworden.

„Gott und Trujillo“

Seit nunmehr 30 Jahren (mit kurzer Unterbrechung 1938) herrscht in der Dominikanischen Republik General Rafael Leónidas Trujillo y Molina.

Seine Verdienste sind nicht zu bestreiten. Er hat den Staatshaushalt ausgeglichen, die Arbeitslosigkeit beseitigt, ein gutes Straßennetz und neue Industrien errichtet, moderne Schulen und Krankenhäuser gebaut und vorbildliche Sozialeinrichtungen geschaffen. Dennoch wird dadurch sein Regierungssystem nicht gerechtfertigt. Er hat seit 1930 alle politischen Parteien beseitigt (seine Staatspartei umfaßt mit über 50% aller Bürger den höchsten Bevölkerungsanteil aller Einheitsparteien der Welt) und die menschlichen Grundrechte unterdrückt. Die wenigen Menschen, die die Wahrheit über die Zustände im Land auszusprechen wagten, haben dieses Wagnis mit dem Tode bezahlt. Zuletzt galt dies für den spanischen Juristen Jesús de Galíndez, der sechs Jahre bei Trujillo gelebt und darüber ein Buch veröffentlicht hatte; am 12. März 1956 verschwand er spurlos in einem New Yorker U-Bahn-Schacht. In dem kurz vorher veröffentlichten Buch heißt es: „Trujillo unterhält im Ausland ein Spionagesystem, das ausschließlich dem Kampf gegen die Emigranten der Diktatur dient. Viele Menschen sind schon verschwunden. 140 politische Morde hat der Diktator auf seinem Gewissen!“

Wohl kaum ein Mensch seit der Antike hat einen solchen Kult mit sich getrieben und seine Familie so bereichert wie Trujillo. Die Hauptstadt Santo Domingo wurde in „Ciudad Trujillo“ umbenannt. Die höchste Reiterstatue der Welt (28 m) ist nur eines von 2000 Denkmälern für Trujillo auf der kleinen Insel. Die Trinkwasserbrunnen tragen eine Bronzeplakette: „Gott und Trujillo beliefern euch mit Wasser.“ Sämtliche Familienmitglieder haben höchste Staatsämter inne; lediglich die ältere Tochter Flor de Oro („Goldblume“) ist nach sieben skandalösen Ehen in Ungnade gefallen und wird durch Hausarrest von weiteren Eheabenteuern abgehalten. Die Familie Trujillo hat das Salz- und Lotteriemonopol und besitzt die größten Wirtschaftsbetriebe in sämtlichen Branchen. Um die Trujillo-Stacheldrahtproduktion anzukurbeln, wurde eine Verordnung erlassen, daß sämtliche Grundstücke auf dem Land eingezäunt werden müssen. Eine weitere Verordnung, daß jedes Haus einmal jährlich einen neuen Anstrich erhalten muß, sichert den Absatz einer Trujillo-Farben- und Lackfabrik.

Schweigt die Kirche?

In den vergangenen Monaten wurde eine große Zahl von Personen verhaftet, die an einem „Komplott“ beteiligt gewesen sein sollen; der Generalstaatsanwalt nannte „123 Personen“ gleich der „Gesamtheit aller Verschwörer“, NCWC News Service sprach von „Hundertern“, KIPA von „ein paar tausend“. Unter den Verhafteten sollen auch Priester gewesen sein.

Unserem staatskritischen Denken fällt es schwer, die Kirche zu solchen Verhältnissen schweigen zu sehen. Angesichts der fast vollständigen Unterdrückung der Meinungsfreiheit und der ausgezeichnet funktionierenden Nachrichtensperre läßt es sich allerdings vom Ausland her schwer beurteilen, ob die Kirche wirklich immer geschwiegen hat. 1958 zum Beispiel mußte ein bekannter Jesuit aus dem Land fliehen, nachdem er den Sohn des Diktators aufgefordert hatte, die eingereichte Ehescheidungsklage zurückzuziehen. Nach einer Meldung des venezolanischen Rundfunks vom Februar 1959 wurde auch ein katholischer Priester verhaftet, weil er es abgelehnt hatte, für die Gesundheit des Diktators und seiner Familie eine heilige Messe zu lesen. Die Hierarchie des Landes war ziemlich behindert, weil der Erzbischof und Primas Ricardo Pittini SDB schon 84 Jahre alt und völlig blind ist; zudem ist er italienischer Nationalität. Anfang Februar 1960 hat nun der Papst den einheimischen Weihbischof Octavio Beras zum Apostolischen Administrator „sede plena“ von Ciudad Trujillo und zum Armeebischof ernannt.

Gemeinsamer Hirtenbrief

Erzbischof Beras gilt bereits als der Verfasser des vom 25. Januar 1960 datierten und am 31. Januar in allen Kirchen verlesenen Hirtenschreibens, das von den sechs Bischöfen des Landes gemeinsam unterzeichnet ist. Wie die „New York Times“ berichtet, verbot die Zensur energisch jede Verbreitung; nur durch Schmuggel gelangte ein Exemplar über die Grenze. In dem Dokument heißt es:

„Heikle Umstände haben einen Schatten von Traurigkeit auf die schöne Festzeit geworfen. Wir müssen unsere Hirtenpflicht ins Auge fassen und dürfen angesichts der tieftraurigen Lage, die so viele dominikanische Familien betroffen hat, nicht gefühllos bleiben. Das ist der Grund, warum wir ihnen unsere väterliche Zuneigung, unser tiefes Mitgefühl und unseren gemeinsamen Schmerz zu erkennen geben.“

Das Hirtenwort beruft sich auf die Lehren Christi und erinnert den Staat an die menschlichen Grundrechte. „Jeder Mensch besitzt eine Summe von Rechten, die früher und höher sind als die irgendeines Staates. Es sind so unverletzliche Rechte, daß nicht einmal alle menschlichen Gewalten vereint ihre freie Betätigung hindern oder einengen dürfen.“ Dann werden diese Rechte im einzelnen dargelegt: das „Recht über das Leben“, das „Recht auf Arbeit als geziemendes Mittel, Haus und Familie zu unterhalten“, das „Recht, Handel zu treiben“, das „Recht auf den guten Namen, das so schwerwiegend ist, daß es weder öffentlich noch privat verletzt werden darf“, das „Recht auf Gewissensfreiheit, auf Pressefreiheit, auf Versammlungsfreiheit“.

„Bevor wir diesen Brief beenden, können wir uns nicht der angenehmen Pflicht entziehen, euch mitzuteilen, daß wir euere Bitten, die wir zu den unseren machen, aufgegriffen haben: Wir haben deshalb in Ausübung unseres Hirtenamtes ein amtliches Schreiben an die höchste Autorität des Landes gerichtet, damit im Geist gegenseitiger Verständigung Exzesse vermieden werden können, die letzten Endes nur denen selbst schaden würden, die sie begehen. Und möchten doch möglichst bald so viele Tränen getrocknet werden, so viele Wunden Linderung finden und so vielen Familien der Friede zurückgegeben werden... In der sicheren Überzeugung, daß diese unsere

Intervention ein gutes Ergebnis zeitigen wird, haben wir besondere Gebete versprochen, um von Gott die Gunst zu erleben, daß keines von den Familienangehörigen der Obrigkeit jemals in seinem Leben die Leiden erfahren müsse, die heute die Herzen so vieler Familienväter, so vieler Söhne und Mütter und so vieler Gattinnen der Dominikanischen Republik bedrücken . . .“

„Für die Menschen im Kerker“

Gleichzeitig haben die Bischöfe ihren Geistlichen Anweisung gegeben, bei allen heiligen Messen „pro re gravi“ das Gebet „pro quacumque tribulatione“ (für die Menschen in Drangsal) oder „pro constitutis in carcere“ (für die Menschen im Kerker) zu verrichten; diese Anweisung wurde befristet vom 25. Januar bis zum Aschermittwoch. Außerdem wurde dazu aufgefordert, besondere Gebete und Bußakte zu verrichten und in den religiösen Gemeinschaften täglich die Allerheiligenlitanei und das Miserere zu beten.

Zunächst war von der Regierung die Version ausgegeben worden, ein kubanischer Jesuit sei der Anstifter der von ihr entdeckten „Verschwörung in kommunistischem Stil“. Dieses Urteil wurde wenig später zurückgenommen; die Angelegenheit habe sich auf gütlichem Wege regeln lassen. Am 29. Januar bemühte sich der Staatsrundfunk zu erklären: „Die Dominikanische Republik unterhält zur katholischen Kirche die besten Beziehungen.“ Außenminister Porfirio Herrera Baez wurde sofort nach Rom entsandt und suchte am 5. Februar in Begleitung des Botschafters beim Heiligen Stuhl das Staatssekretariat auf; am 8. Februar soll er auch bei Papst Johannes XXIII. gewesen sein, doch ist diese Audienz im Bulletin des Vatikanischen Presseamtes nicht verzeichnet.

Es ist nicht bekannt, was aus den Verhafteten geworden ist, doch hat Trujillo inzwischen den Brief der Bischöfe beantwortet. In dem Antwortschreiben heißt es: „Der Respekt, den ich der Verfassung und den Gesetzen der Republik schulde, erlaubt es mir nicht, in die Justizverwaltung der Nation einzugreifen — obwohl ich andererseits die edlen menschlichen Beweggründe Ihres Hirtenwortes nicht ignorieren kann . . . In Übereinstimmung mit diesen Gefühlen, die mich in meiner öffentlichen Mission von Anfang an unablässig bewegten, hat es mir gefallen, für die Entlassung aller Frauen einzutreten, die an dem Komplott beteiligt waren, und die Empfehlung auszusprechen, daß allen übrigen an diesem Verbrechen Beteiligten volle Garantien für die persönliche Sicherheit während der Behandlung im Gefängnis geboten werden.“ Abschließend bekennt der Diktator seinen „rückhaltlosen“ katholischen Glauben und bittet die Gottesmutter um Frieden im Land und Schutz vor dem Kommunismus. — Hinsichtlich des Respekts vor der Verfassung ist noch anzumerken, daß Trujillo bisher schon viermal die Verfassung willkürlich abgeändert hat. — Der Episkopat hat am 6. März mit einem zweiten Hirtenbrief geantwortet, in dem er erneut die Begnadigung der politischen Gefangenen fordert. Der Bischof von La Vega, ein gebürtiger Spanier, hat Anfang März den Provinzialgouverneur und weitere Mitglieder der Provinzialregierung von La Vega exkommuniziert, weil sie eine kirchenfeindliche Zusammenkunft inszeniert und den Hirtenbrief gebrandmarkt hatten.

Für Haiti hat der Heilige Stuhl inzwischen einen neuen Nuntius ernannt. Es handelt sich um den bisherigen Nuntiaterrat in Bern, Giovanni Ferrofino.

Aus den Missionen

Die katholischen Studenten aus Asien und Afrika an den europäischen und amerikanischen Universitäten. Missionsgebetsmeinung für Mai 1960

Über die Aufgaben der Katholiken der westlichen Länder gegenüber den an den dortigen Hochschulen studierenden asiatischen und afrikanischen Studenten ist in den letzten Jahren außerordentlich viel geschrieben worden. Hirtenbriefe der Bischöfe, Aufrufe, Artikel der Tages- und Zeitschriftenpresse und auch der Rundfunk machten mit dem Problemkreis bekannt. Die Herder-Korrespondenz behandelte ihn u. a. im Rahmen der Erläuterung von zwei Missionsgebetsmeinungen (12. Jhg., S. 505 ff.; 13. Jhg., S. 279 ff.). In vielen Ländern des Westens (nicht in allen) ist die Aufgeschlossenheit der katholischen Öffentlichkeit groß und äußert sich in zahllosen Initiativen, von denen manche ins Schwarze trafen, andere, obwohl gut gemeint, rasch erlahmten, weil man sie mit unzulänglicher geistiger Vorbereitung und in Verkennung der psychologischen Situation unternahm. In der Gesamtschau der Lage unserer Kirche in der Welt sehen viele hier das vordringlichste aktuelle Missionsproblem der katholischen Kirche, von dessen glücklicher Lösung das Schicksal der jungen Kirchen in der farbigen Welt abhängt. Angesichts der Tatsache nun, daß in den letzten Jahrzehnten bald die beschleunigte Heranbildung des einheimischen Klerus, bald die Lösung der sog. Anpassungsfrage als die vordringlichste Missionsaufgabe dargestellt wurde, ist man wohl genötigt, bei der Aufstellung einer Prioritätenliste etwas Vorsicht walten zu lassen. Es kommt hier auf die jeweils verschiedene Sicht an, unter der man die Gesamtmissionsaufgabe der Kirche sieht. Alle diese „Vordringlichkeiten“ sind miteinander verzahnt. Man wird aber keinem Widerspruch begegnen, wenn man feststellt, daß die kluge Beeinflussung der farbigen Studenten aus Übersee jene Missionsaufgabe ist, die für die altchristlichen Kirchen des Westens sich als die unmittelbarste darstellt, die direkt auf sie zukommt, in ihrem eigenen Lebensbereich gelöst werden muß, und zwar unter dem weitblickenden Einsatz des sittlich-religiösen, geistigen und materiellen Potentials der Heimatkirchen. Erstmals in der Missionsgeschichte weilt der größte Teil der künftigen Führungsschicht der jetzt zur Selbstbestimmung gelangenden farbigen Völker, jener Völker, um deren Gewinnung für das Christentum wir uns seit Jahrhunderten bemühen, zum Studium in den Heimatländern der Missionare bzw. in den Ausgangsländern der Missionstätigkeit. Diese Feststellung gilt, auch wenn Zahlen veröffentlicht werden, die beweisen sollen, daß mehr als die Hälfte dieser Studenten an Hochschulen des kommunistischen Machtbereichs studieren. Tausende der angeblich im Osten ausgebildeten Studenten sind in Wirklichkeit nur Besucher von Propagandistenschulen. Einmalig ist die Chance, den im Westen studierenden Farbigen ein objektives Bild vom Wesen und Wirken der Kirche und von den wahren Werten einer christlichen Kultur zu vermitteln. Nur kurz ist die zur Wahrnehmung dieser Gelegenheit gebotene Zeit. Denn nach ein paar Jahrzehnten wird die Masse dieser Studenten an landeseigenen Universitäten ihre Ausbildung erhalten, während nur noch Spezialisten zur Vertiefung ihres Wissens den Westen aufsuchen werden. Das Beispiel Japans, in dem dieser Prozeß schon abgeschlossen ist, zeigt, wie die Entwicklung in anderen Ländern ablaufen kann, die sich erheblich später als diese Nation die Errungenschaften west-

licher Wissenschaft aneignen. Einmalig ist aber auch die Gefahr, da die Ausgangsländer der Missionsarbeit heute den Eindruck einer säkularisierten Kultur vermitteln. Entsprechend ist das Klima der meisten Universitäten des Westens. Die Studenten aus Asien und Afrika sind um so mehr in Gefahr, seelisch diesem Klima zu erliegen, als sie ja in ihrer überwältigenden Mehrheit nur mit der Einstellung zum Westen kommen, sich das Rüstzeug der technischen Zivilisation anzueignen, nicht aber eine Bereicherung ihres Kulturerbes zu suchen.

Das Kernproblem in kirchlicher Sicht

Bei dem vielgestaltigen Bemühen um die farbigen Studenten im Westen ist man nun heute allzuleicht geneigt, das Kernproblem der Kirche in diesem Bereich zu übersehen: die immerhin sehr beachtliche Zahl katholischer Studenten in ihren Reihen, die schon in ihrer Heimat im Rahmen der Missionskirchen den Glauben angenommen. Diese Studenten in der verweltlichten Atmosphäre des Lebens im Westen nicht nur im Glauben zu erhalten, sondern sie auch apostolisch zu bilden und zu geeigneten Werkzeugen beim Aufbau ihrer eigenen Kirche bzw. bei deren Ausstrahlung in die werdenden neuen Gemeinschaftsformen ihrer Länder zu machen, ist zweifellos die der Ordnung nach erste Aufgabe, die von der Christenheit des Westens hier zu erfüllen ist. Etwas überspitzt formuliert: Was nützt es der Kirche, wenn sie bei den nichtchristlichen Studenten im Westen eine große Hochschätzung erzielt, die sich bei deren Rückkehr nach Hause in wohlwollender Duldung, ja sogar Förderung der Kirche äußern mag, wenn sie ihre eigenen Glieder, die Hoffnung der jungen Kirchen, an den Unglauben oder die religiöse Gleichgültigkeit verliert? Mit den wenigen Konvertiten, die man in der heutigen psychologischen Situation der farbigen Studenten allenfalls unter den im Westen lebenden heidnischen Akademikern gewinnt, kann man unmöglich allein das Gebildetenapostolat der jungen Kirchen aufbauen, zumal ihr Wirken immer einen Erstanfang bedeuten wird, während die in den Missionskirchen selbst herangebildeten katholischen Studierenden in die katholische Umwelt wieder eintreten, die ihnen bestens bekannt ist. Es kann nun keineswegs befürwortet werden, die Hilfeleistung für die katholischen afroasiatischen Studenten von jener für ihre nichtchristlichen Landsleute gänzlich zu trennen. Beide Gruppen bedürfen der gleichen allgemeinmenschlichen Grundhilfen und der Unterstützung beim Einleben in eine ganz anders geartete Studenumwelt. Eine Bevorzugung der Christen auf der Ebene des rein Menschlichen würde die Annäherung an die Heiden außerordentlich erschweren. Dr. R. Kaptin Adisumarta (Indonesier), der in Europa studierte, erster Generalsekretär der Organisation der katholischen Überseestudenten in Europa (Overseas Students Coordination Organisation = OSCO) und später Sekretär der Pax Romana in Asien war, schrieb in einem Aufsatz: „Die Studenten aus Übersee — eine Frage der menschlichen Begegnung“ (Kath. Missionsjahrbuch der Schweiz, 1959): „Bei der Betreuung von seiten der Katholiken ist es das Gegebene, daß man mit den katholischen Ausländern beginnt. Hier hat man sofort einen großen Kontaktpunkt, nämlich den Glauben . . . Anders aber ist die Frage, wie weit die Annäherung gehen kann. Bleibt man beim Glauben stehen? Sieht man diese Freundschaft nur unter dem Aspekt des Glaubens? Diese Frage sollte mit Nein beantwortet werden. In Wirklichkeit ist das aber oft nicht der Fall. Das

sieht man, sobald nichtchristliche Ausländer dabei sind; dann spürt man, daß es einen Unterschied gibt, ob man katholisch ist oder nicht: dem Katholiken gegenüber ist die Freundschaft selbstverständlich, dem anderen gegenüber eine verlegene Höflichkeit. So versteht man, warum einer meiner Freunde mir im Ton des Vorwurfs sagte: ‚Die Eintrittskarte für gute Beziehungen ist das Katholisch-Sein.‘ Meine nichtkatholischen Brüder beneiden mich unentwegt, weil ich ‚es immer gut habe‘, weil ich überall ‚nette europäische Familien‘ kenne. Was haben wir Katholiken für die anderen übrig? Hier ist wieder ein Grund, warum man das Christentum so leicht europäisch nennt: die Nichtchristen bleiben ja von der Freundschaft der Europäer ausgeschlossen . . .“ — Eine Trennung der Tätigkeit unter Katholiken und Nichtkatholiken auf der rein menschlichen Ebene ist auch deshalb unmöglich, weil die Afroasiaten landsmannschaftlichen Zusammenschluß an den Universitäten suchen und suchen müssen, um ihre Muttersprache zu sprechen, die Gemütswerte einheimischer Kultur zu pflegen und sich über die Entwicklungen in der Heimat zu unterrichten. Wir dürfen nichts tun, um den Katholiken den unbefangenen Verkehr mit den heidnischen Landsleuten zu erschweren, auch deshalb nicht, um ihnen Apostolatsmöglichkeiten in den eigenen Reihen zu lassen und ihnen ständig ihre religiösen Zukunftsaufgaben im Vaterlande vor Augen zu halten.

Zahl der afroasiatischen katholischen Studenten im Westen

Über die Zahl der katholischen afroasiatischen Studenten ist man in einigen Ländern genau unterrichtet, in anderen nicht. Was der um die Seelsorge und die Organisation dieser Studenten in Europa hochverdiente Priester Harry Haas SAM schon vor zwei Jahren schrieb, gilt teilweise heute noch: „Von welchen Ländern kann man behaupten, daß dort unter den afrikanischen und asiatischen Studenten die Mehrzahl der Katholiken erfaßt sei?“ Da es ein perfektes innerkirchliches Meldesystem nicht gibt und vielleicht auch nicht geben kann, weil die zuständigen Missionsbischöfe oft selbst nicht über alle Ausreisen unterrichtet werden, ist man auf die Erfassung der jungen Leute in den einzelnen westlichen Ländern angewiesen. Wenn die Universitätsbehörden mit einer wohlorganisierten Studentenseelsorge zusammenarbeiten, gelingt die Erfassung, besonders in kleineren Ländern mit relativ geringer ausländischer Studentenzahl. Aber auch hier kommen zunächst Fehlschätzungen vor. Mancher weiße Student, der auf den Meldeformularen der Hochschulen als Geburtsort eine Stadt in Asien oder Afrika angibt, wird als Asiate oder Afrikaner gezählt. Erst die Nachforschungen der Seelsorger gestatten dann, die „echten“ von den „unechten“ Afrikanern oder Asiaten zu scheiden. Eine weitere Fehlerquelle der Statistiken liegt darin, daß man nicht mit einem einheitlichen Begriff von „Student“ arbeitet. Oft werden die farbigen Schüler der obersten Klassen von Mittelschulen, deren es z. B. in England, Frankreich und den USA viele gibt, unter diesem Begriff mitgefaßt. Ferner ist in einigen Ländern des Westens das kirchliche Erfassungssystem kümmerlich entwickelt. Das gilt z. B. für Frankreich. Anderswo ist die Zahl der katholischen farbigen Studenten sehr groß, der kirchliche Seelsorgsapparat zu ihrer Betreuung aber so unvollkommen, daß eine wirkliche Erfassung allein schon an Personalschwierigkeiten scheitert. Besonders schlimm sind hier die

Verhältnisse in England, wo sich die größte Zahl der afroasiatischen Studenten und anscheinend auch die größte Zahl der katholischen Studierenden aus Asien und Afrika befindet. Ein hauptamtlicher Seelsorger in London bemüht sich, unterstützt von wenigen Hilfskräften, seit Jahren mit größter Hingabe, mit den in England lebenden katholischen Studenten aus Asien und Afrika in Kontakt zu treten, konnte aber bisher nur mit 2000 von schätzungsweise 5000 eine wirkliche Verbindung herstellen. Erst in jüngster Zeit schuf man ein in acht Zentren organisiertes Koordinationskomitee, das vor allem die Laienhilfe systematisch in den Dienst der Kontaktaufnahme stellen will. Es muß in diesem Rahmen einer Gesamtübersicht darauf verzichtet werden, auf die vom Ausland als vorbildlich bezeichnete Organisation der Tätigkeit für die Überseestudenten in der Bundesrepublik, die Jahr für Jahr vervollkommen wird, einzugehen. Ist auch die Zahl der katholischen Afrikaner und Asiaten unter den Studenten hier noch gering (etwa 5 Prozent), so können sich die Verhältnisse doch rasch ändern, wenn politische Spannungen zwischen neuentstehenden Staaten und ehemaligen Kolonialherren zu einer noch stärkeren Bevorzugung der Bundesrepublik als Studienland seitens der Afroasiaten führen, die gewillt sind, auch eine ihnen bisher unbekannte Sprache zu lernen, eine dadurch bedingte Verlängerung des Studiums in Kauf zu nehmen und sich bisher fremden Formen der Universitäts- und Studienorganisation anzupassen, wenn ihnen der politische Kurs des bisherigen Gastlandes gegenüber ihrem Vaterland nicht gefällt. Ein Beispiel bieten hier die in der IMKI zusammengeschlossenen katholischen Indonesier, die von Holland aus immer stärker zu Hochschulen der Bundesrepublik überwechselten. Auch in Österreich (vorläufig nur 3,5 Prozent katholische Afroasiaten) und in der Schweiz (10 Prozent) macht sich der Zug zu Universitäten kolonialpolitisch „unbelasteter“ Nationen bemerkbar. Für die USA, das Land mit der nach England größten Zahl afroasiatischer Studenten im Westen, sind keine zuverlässigen Gesamtzahlen der katholischen Studierenden zu erhalten. Angesichts der bekannten Schwierigkeiten, auf der Grundlage öffentlicher Erhebungen in USA zuverlässige Konfessionsstatistiken zu erhalten, nimmt dies nicht wunder. Die auf Erhebungen in den Pfarreien beruhenden kirchlichen Statistiken versagen hier ebenfalls, da die Afrikaner und Asiaten hier wie in allen westlichen Ländern keinen engeren Anschluß an die ordentliche Pfarrseelsorge suchen.

Die Zeitschrift der Internationalen Katholischen Laienhelferinnen „*Perspectives de Catholicité*“ (Brüssel) veranstaltete vor einem Jahr eine sorgfältig ausgearbeitete Erhebung über die Zahl der afroasiatischen Studenten an westlichen Hochschulen und kam zu der „mit allem Vorbehalt“ wiedergegebenen Zahl von 80729. Höchstens zehn Prozent dieser Studenten sollen nach der Erhebung katholisch sein. Wahrscheinlich ist diese Schätzung noch zu hoch gegriffen. Immerhin zeigt sie, was für die Kirche hier auf dem Spiele steht. Wenn sie diese Elite oder auch nur die Mehrzahl davon während des Studienaufenthalts im Westen verliert, wie sollen dann die jungen Kirchen in Asien und Afrika ihren inneren Aufbau bewerkstelligen und für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft die Männer und Frauen stellen, die christlichen Geist in die sich bildenden neuen Lebensordnungen tragen können? Es gibt leider keine Statistik über die Zahl der katholischen afroasiatischen Studenten, die im Westen der Kirche seit dem

Ende des ersten Weltkrieges verloren gingen. Wir würden wahrscheinlich erschrecken, wenn uns eine solche Aufstellung geboten werden könnte. Nach den Feststellungen von Kennern der Verhältnisse in Frankreich hat es dort eine Zeit gegeben, in der von je zehn katholischen Studenten aus Asien und Afrika nur einer dem Glauben treu blieb. Und wie mag es heute dort stehen? Wir zitieren hier nur aus einem Aufsatz des bekannten Publizisten André Rétif SJ über „Apostolische Orientierungen im Schwarzen Afrika“ (*Études*, Paris, Februar 1960): „Hinsichtlich der Spezialsorge der afrikanischen Studenten gibt es wohl hie und da wirksame Versuche, so z. B. in Bordeaux, aber wie kommt es, daß seit mehreren Jahren kein afrikanischer Priester mit der Seelsorge der zahlreichen afrikanischen Studenten in Paris betraut ist und daß diese Aufgabe nur europäischen Priestern überantwortet bleibt, die zwangsläufig weniger Gehör finden? Dennoch hatte Pius XII. in *Fidei Donum* [vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 479] die Bedeutung dieses Apostolates unterstrichen. In anderen Städten, wie Lyon, hat nicht einmal ein europäischer Priester diesen Auftrag erhalten.“ Man könnte diesen kritischen Bemerkungen noch eine andere hinzufügen: Man hat in Frankreich vorwiegend „nationale“ Missionen (der Vietnamesen, Koreaner, Japaner, Inder, Afrikaner, Antillesen usw.) organisiert, die sich aller Angehörigen der betreffenden Nationen annehmen, ohne aber eine spezielle Seelsorge unter den so überaus zahlreichen Studenten aus diesen Ländern zu organisieren. Dieser Mangel muß sich gerade im Augenblick sehr nachteilig auswirken, wo sich die afroasiatische Studentenschaft in Frankreich in einer für die Kirche gefährlichen geistigen Gärung befindet.

Seelsorgefragen

H. Haas schrieb im Jahre 1958 einen Aufsatz „Ärgernis oder neue Hoffnung?“ (*Église Vivante*, 1958, Nr. 5), in dem es hieß: „Niemals in der Geschichte hat eine so kleine Zahl die Dankbarkeit so vieler Menschen zu gewinnen verstanden, hat Winston Churchill von den Fliegern in der Schlacht um England gesagt. Die Tragik der Lage ist, daß man das gleiche von den Studentenseelsorgern sagen kann. Mehr noch: selbst diese kleine Zahl muß man lange suchen; um in der Terminologie der Missionsstrategie zu sprechen: es ist sicher, daß kein Plan mit so wenig personalen Kräften und so wenig Geldmitteln verwirklicht werden könnte. Tatsächlich ist nicht einmal das ‚lebensnotwendige Minimum‘ vorhanden. Dies ist wahrhaft ein Ärgernis . . . Man könnte sagen: die Zahl der Priester, die in einem Missionsland oder einem Land Europas an einer höheren Schule wirken, würde das Problem der für das Apostolat unter den afrikanischen und asiatischen Studenten im Westen spezialisierten Kräfte lösen.“ In den letzten zwei Jahren ist nun fast überall die Zahl der Seelsorger für die katholischen afrikanischen und asiatischen Studenten verstärkt worden. In Ländern mit jeweils kleinen Gruppen aus den einzelnen Nationen ergibt sich von selbst, daß man nicht jeder nationalen Studentengruppe besondere Seelsorger geben kann. Sind indes größere nationale Gruppen vorhanden, so mag unter besonderen Umständen (wie zur Zeit in Frankreich) die Notwendigkeit bestehen, den einzelnen Gruppen Priester ihrer Rasse als Seelsorger zu geben. Aber eine allgemeine Forderung dieser Art kann nicht erhoben werden. Die goldene Regel hat H. Haas aufgestellt: „Es braucht nicht immer ein Prie-

ster der gleichen Nationalität zu sein wie der der Studenten. Wie nicht jeder europäische Priester für die Arbeit geeignet ist, so auch nicht jeder asiatische und afrikanische Priester, wie auch nicht jeder Missionar, der afrikanische und asiatische Missionserfahrung hat.“ Oft ist sogar die Wahl eines geeigneten Priesters aus dem betreffenden Gastland der Studenten vorzuziehen, weil er besser den Kontakt der farbigen Studenten mit den weißen Studenten fördern kann und wirksam mitzuhelfen vermag, daß sich die nationalen Gruppen nicht gegeneinander und gegenüber der weißen Studentenschaft abkapseln.

Hervorragend haben sich die Studentenheime bewährt, weil sie nicht nur der Seelsorge Hilfen bieten, sondern auch eine Menge anderer Probleme der Studenten lösen. Im französischen Kulturkreis unter dem Namen „Foyers“ bekannt und dort zunächst jeweils für nationale Gruppen geschaffen, wurden sie in verschiedenen Ländern auf internationaler Basis organisiert und werden in dieser Form nun in wachsender Zahl auch im deutschen Kulturkreis errichtet. So gibt es derzeit katholische Studentenheime dieser Art in München (2 Heime, von denen eines jetzt auf eine Belegstärke von 75 Studenten erweitert wird), Hamburg, Aachen, Berlin, Würzburg (in Verbindung mit dem Missionsärztlichen Institut). Diese Heime werden bisweilen in mehr oder weniger striktem Sinne als „Universitätskollegs“ geführt und bieten besondere Möglichkeiten zur Vervollkommnung in der Sprache des Gastlandes, zu vertieftem Studium und zur Erweiterung der Allgemeinbildung. Das Hamburger St.-Franziskus-Kolleg der Franziskaner will sogar als Universitätskolleg in striktem Sinne betrachtet werden. Die afrikanischen und asiatischen Studenten, die in solchen Kollegs wohnen, empfinden hier dankbar eine echte Familienatmosphäre und einen inneren Halt in der für sie betäubenden äußeren Freiheit des deutschen Universitätslebens. Sie werden zugleich vor dem Einfluß des flachen Säkularismus des modernen Lebens in etwa geschützt. Die internationalen Heime haben den großen Vorzug, daß hier weiße und farbige Studenten zu einer Wohngemeinschaft zusammengeführt werden. Dadurch, daß sie auch heidnischen farbigen Studenten in begrenztem Maße ihre Tore öffnen, bieten die Heime Christen und Nichtchristen die Möglichkeit eines dauernden Kontaktes. Die Beziehungen auf der menschlichen Ebene werden so ungemein bereichert, Vorurteile und Hemmungen abgebaut und den katholischen Studenten, weißen und farbigen, dauernd vor Augen geführt, daß sie am heidnischen Bruder eine christliche Aufgabe zu erfüllen haben. Eine geistig und religiös überragende Leitung muß für eine Atmosphäre echter Duldung, die keine Proselytenmacherei aufkommen läßt, sorgen. Der Generalrat der Päpstlichen Missionswerke in Rom stellt seit Jahr und Tag erhebliche Mittel für Studentenheime bereit (im Vorjahr 1,2 Millionen DM). In Deutschland haben Bischöfe, Orden, Einrichtungen studentischer Fürsorge, staatliche Behörden und viele private Wohltäter den Bau und den Betrieb solcher Einrichtungen unterstützt, und es ist nur zu wünschen, daß geplante Projekte in mehreren Universitätsstädten verwirklicht werden. Vor allem muß hier unseren katholischen Glaubensbrüdern aus Asien und Afrika, die mit ihren heidnischen Kommilitonen noch immer über rassistische Diskriminierung im Privatleben und Ausnutzung durch Vermieterinnen von möblierten Zimmern Klage führen, eine Atmosphäre geboten werden, in der sie wahre menschliche und religiöse Bruderliebe finden, vor dem Absinken in den Indifferen-

tismus und den Säkularismus bewahrt werden und Anregungen erhalten, um sich auf ihre apostolische Aufgabe in der Heimat vorzubereiten.

Bei der Berührung mit unseren heimischen Katholiken vermissen die jungen katholischen Männer und Frauen aus Übersee oft die wirkliche katholische Aufgeschlossenheit, die man gleichberechtigten Gliedern der Kirche schuldet. Mit Recht oder Unrecht haben sie das Gefühl, eben als „Missionskatholiken“, d. h. in diesem Falle als unfertige, unreife Katholiken betrachtet zu werden. Sie wollen ein Mitspracherecht an den allgemeinen Fragen der Kirche und nicht nur belehrt werden, sondern auch zu unserer Belehrung beisteuern, wenn wir ihnen etwa die Gelegenheit geben, über ihre heimische Kirchengemeinschaft zu sprechen. Wir müssen ihnen auch das Recht zugestehen, an kirchlichen Zuständen bei uns begründete Kritik zu üben. Es muß sie reizen, wenn sie dauernd über die Mängel und Unzulänglichkeiten in den Missionskirchen lesen oder sprechen hören. Es kommt in unserem Verhalten ihnen gegenüber bisweilen eine Abart des „Paternalismus“ der Missionare einer vergangenen Missionsära zum Ausdruck, den sie leidenschaftlich ablehnen. Kommen diese Dinge nicht zu einer offenen Aussprache, so entsteht leicht eine Art von Antiklerikalismus, die schon so manchen katholischen Studenten aus Asien und Afrika hier im Westen von der Kirche abtrieb. Der kritische Sinn, durch unsere ganze Kulturatmosphäre direkt geweckt, kommt auch bei ihnen bald zur Entwicklung, und wir müssen dies als durchaus normal betrachten, nicht aber als Zeichen einer Rebellion deuten. Gerade die begabtesten Köpfe unter ihnen sind naturgemäß auch die kritischsten.

Viel Enttäuschung erleben manche unserer katholischen Aktivisten bei dem Versuch, die jungen katholischen Asiaten und Afrikaner apostolisch „aufzuladen“. Sie bedenken nicht, daß die Missionskirchen bisher wenig horizontale Kontakte mit den Kirchen der übrigen Welt hatten und sich selbst in einer klaren Diasporasituation befinden, die stets die Versuchung zur abwehrenden Selbsteinschließung mit sich bringt. Wenn wir verstehen, daß etwa die wenigen Katholiken in Schweden und Norwegen bis auf eine Elite nicht auf den Gedanken kommen, apostolische Stoßtrupps zu bilden, um in eine festgefügte nichtkatholische Ideen- und Kulturwelt vorzustößen, so müssen wir das gleiche Verständnis auch den Asiaten und Afrikanern gegenüber zeigen, die sich noch immer einer ungeheuren heidnischen Umwelt gegenübersehen — und beobachten, daß selbst in katholischen Gebieten Westeuropas die Christen weithin keinen apostolischen Schwung haben, sich vielmehr als „Betreute“ in eine Seelsorgsorganisation einordnen, die in den Augen dieser Studenten manche Ähnlichkeit mit dem kirchlichen Lebensschema zu haben scheint, in dem sie in ihrer Missionskirche aufwachsen. Ohne ein Begreifen dieser ihrer psychologischen Situation ist es unmöglich, sie apostolisch zu orientieren. Es ist andererseits ersichtlich, welche Bedeutung ihre Einführung in eine Innenschau des kirchlichen Lebens, in das Werden der abendländischen Kirche, in ihre Kulturwerte, in ihren Kampf gegen die Entchristlichung hat, wie wichtig es auch ist, sie zwanglos mit unserer apostolischen Elite und ihren Methoden bekannt zu machen. Diesen Zwecken dienen Besichtigungsfahrten, Aussprachegemeinschaften, Ferienlager, Teilnahme an nationalen und internationalen katholischen Kongressen usw. In Amerika hat man ferner zur geistig-religiösen Förderung der afroasiatischen katholischen Elite sog. Leadership-Seminaris eingerichtet.

Ähnliche Ziele verfolgen die Seminare, die vom Katholischen Akademischen Ausländerdienst (Zentrale in Bonn) für jene Studenten veranstaltet werden, die durch seine Vermittlung in Deutschland Stipendien erhielten.

Bursen und Bursenstudenten

Für begabte Asiaten und Afrikaner stehen katholischerseits noch immer viel zu wenig Bursen zur Verfügung. Der geistliche Beirat des Katholischen Akademischen Ausländerdienstes, P. Wilhelm Kesting SVD, schrieb am 27. November 1959 in der „Deutschen Tagespost“: „Der KAAD braucht dringend Hilfe, um Stipendien an fähige und charaktervolle Überseestudenten zum Studium zu vergeben. Von 80 Anträgen konnten im letzten Sommer nur 32 positiv beschieden werden, obwohl alle 80 bereits eine Auswahl der Auswahl bedeuten. Wir erleben es immer wieder, daß Studenten verzweifelt vor uns sitzen und gestehen: ‚Wenn Sie uns nicht helfen, bleibt uns nichts anderes übrig, als in den Osten zu gehen, wo uns kostenloses Studium und freie Wohnung angeboten werden.‘“ Zur Erklärung dieser Situation muß gesagt werden, daß es sich meist um Stipendiaten handelt, deren Stipendium zur Vollendung der Studien nicht ausreicht oder von vorneherein zu gering war. Oft treten auch unverschuldete Notstände (Krankheit usw.) ein. In vielen Ländern hat man sich katholischerseits auch noch nicht systematisch um Bursen bemüht, die von internationalen Instanzen wie der UNESCO oder von Regierungen zur Verfügung gestellt werden. Die sicherlich im Interesse der weltanschaulichen Formung beklagenswert geringe Anziehungskraft der katholischen Universitäten des Westens auf junge katholische Laienstudenten aus Asien und Afrika liegt (abgesehen von mangelnder Aufgeschlossenheit mancher dieser Hochschulen für unser Problem) darin begründet, daß diese Hochschulen nur geringe Mittel zur Gewährung solcher Stipendien zur Verfügung stellen können, oder auch, daß sie, mehr humanistisch orientiert, keine erstklassige naturwissenschaftlich-technische Ausbildung zu geben vermögen.

In der Verwaltung der relativ wenigen Bursen, die seitens der Missionen selbst zur Verfügung gestellt werden, „gibt es ebensoviel guten Willen wie Dilettantismus“ (H. Haas). „Der Enttäuschungen mit durch Bischöfe stets erneut warm empfohlenen Studenten ist Legion“ (ders. in „Het Missiewerk“ Nr. a, 1959). Diese Studenten ertragen es schlecht, wenn sie nur als ein Verlängerungsstück der Mission angesehen werden, wie sie auch ein ungutes Gefühl haben, wenn sie sich im Westen als Objekt einer weitgespannten Missionsstrategie behandelt sehen. Die Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit der Einzelpersonlichkeit muß auch bei kirchlichen Stipendien geachtet werden, die irgendwie zukünftige Bindungen im Dienst der Kirche selbst einschließen. Solche Bindungen, besonders wenn sie mit geistig unfertigen Menschen ausgehandelt werden, die im Westen dann dem Ansturm einer gänzlich andersgearteten Umwelt ausgesetzt sind, dürften überhaupt problematisch sein. Ziel der kirchlichen Stipendienpolitik sollte es sein, überall da, wo es möglich ist, die wissenschaftliche Grundausbildung in den Missionsländern selbst absolvieren zu lassen und die Studenten erst zur Erwerbung einer Spezialbildung bzw. der akademischen Grade nach dem Westen zu senden. Viele Kalamitäten werden dann nicht eintreten. Nach den von Haas in Europa und Asien in vielen Jahren des Dienstes an den farbigen Stu-

denten gewonnenen Erfahrungen steht im Hintergrund aller Schwierigkeiten zwischen Mission, altchristlichen Kirchen und farbigen Studenten unausgesprochen das Problem, das auch uns in Europa beschäftigt: die Stellung des Laienkatholiken in Kirche und Welt. Nach ihm kommen die meisten Schwierigkeiten bei der Heranbildung einer katholischen Laienelite in den jungen Missionskirchen daher, daß die Mission sich noch zu sehr als Institution und noch zu wenig als Kirchengemeinschaft betrachtet. Die Laien fühlen sich noch zu sehr von der Mission als Institution bevormundet, ein Gefühl, das sie oft entweder zu folgsamer Passivität oder zu unfolgsamem Antiklerikalismus führt. Werden sie nun von der Kirchengemeinschaft im Westen nur „betreut“, haben sie das Gefühl, nicht als Vollglieder der Kirche betrachtet zu werden, machen naive oder von Rassenüberheblichkeit oder von den Missionsvorstellungen vergangener Zeiten (an denen unsere Missionswerbung nicht unbeteiligt war) eingegebene Bemerkungen auf sie den Eindruck, daß man sie menschlich als „unterentwickelt“ betrachtet, so verstärken sich die Eindrücke von hüben und drüben gegenseitig und erzeugen eine Gesamthaltung, die zu einer bedauerlichen Entfremdung von der Kirche führen kann.

Unerläßlich erscheint, daß die zum Westen gehenden katholischen Studenten schon vor der Abreise über die Lebensbedingungen, die Eigenarten des Universitäts-systems, der Kultur und des gesellschaftlichen Lebens ihres Gastlandes unterrichtet werden, was bisher in den wenigsten Fällen geschah. Ebenso wichtig ist, daß sie mit ihrer Heimatkirche einen Kontakt halten, der sich nicht auf Briefwechsel mit den Familienangehörigen beschränkt. Sie müssen in Verbindung mit den geistig lebendigen Kräften der eigenen Kirche gehalten werden. Schließlich besteht die große Gefahr, daß im Westen kritisch gewordene und mit den Ideen des westlichen Katholizismus genährte Studenten zu Hause reformerische Ideen entwickeln, die von ihren alten Missionaren als „revolutionär“ betrachtet werden, obwohl sie es durchaus nicht immer sind, vielmehr nur in Richtung auf eine gesunde Evolution des kirchlichen Lebens hinzielen. Andererseits verstehen die heimkehrenden Studenten manchmal die Gegebenheiten und Möglichkeiten einer Missionskirche nicht mehr. Versuchen dann die Missionare die Mißverständnisse einseitig autoritär-paternalistisch zu beseitigen, sprechen sie von revolutionären, stolzen Intellektuellen, sind die Folgen unausweichlich: diese jungen Menschen arbeiten sich in eine negative Haltung zur Kirche hinein oder ergeben sich der religiösen Indifferenz.

Die Frage der katholischen Überseestudenten aus Asien und Afrika ist ein vielschichtiges Problem, das sich erst bei näherem Zusehen enthüllt. Hier ist eine Koordination aller in der Arbeit stehenden kirchlichen Kreise über alle nationalen Grenzen hinweg erforderlich, vielleicht eher noch als die Schaffung einer zentralen Super-Organisation in Rom, die leicht zur Bürokratisierung des Apparats, zur Ertötung örtlicher Initiativen, zu gegenseitiger Überlagerung der Arbeit, zu vielen Kompetenzschwierigkeiten führen kann und schließlich auch viel Geld zusätzlich kostet.

Viel wichtiger als die Koordination der Initiativen von außen ist aber, daß die afrikanischen und asiatischen Studenten und Altakademiker selbst aktiv in die Lösung der Probleme miteintreten. Ihren nationalen Zusammenschlüssen im Westen müßten korrespondierend entsprechende Organismen in den Missionen selbst zur Seite tre-

ten, die mit ihnen Verbindung halten sowie sich um die Vorbereitung der Ausreisenden und um die geistige Wiedereingliederung der Heimkehrer in das kirchliche Leben der eigenen Nation kümmern. Ein solcher Versuch ist jetzt in Gestalt des „Service Center for Students abroad“ (Leiter P. Thomas Kuriacose SJ) in Colombo (Ceylon) gemacht worden. In Indien besteht eine All-India Catholic University Federation, der sich jüngst eine Zweigorganisation in den Vereinigten Staaten mit schon 300 Mitgliedern anschloß. Sie veranstaltet u. a. Leadership-Seminaries und unterhält engsten Kontakt mit der Akademikerschaft der Heimatkirchen.

Nachdem die größten Mängel in der Hilfeleistung für die asiatischen und afrikanischen Studenten im Westen behoben sind, ist man jetzt mit der weltweiten Zusammenfassung der Einrichtungen beschäftigt. Die Pax Romana spielt hier eine nicht genug zu würdigende Rolle. Alle diese Bemühungen dienen zugleich der Aneinanderfügung der altchristlichen Kirchen mit den der Reife entgegengehenden jungen Kirchen auf horizontaler Ebene, die dringend erforderlich ist.

Der Hunger in der Welt: Der Kampf gegen den Aussatz Seit jeher galt der Aussatz als eine Geißel der Menschheit. Es handelt sich bei ihm um eine ansteckende bakterielle Krankheit mit ausgesprochenem Seuchencharakter.

Der Erreger der Lepra — so heißt der Aussatz in der medizinischen Fachsprache — wurde 1873 von dem Norweger A. Hansen entdeckt; er ist ein Stäbchen, ähnlich dem Tuberkelbazillus, das sich besonders im Nasenschleim und in Geschwüren Leprakranker nachweisen läßt. Lepra wird häufig in früher Kindheit durch Ansteckung erworben und hat drei Verlaufsformen: die Hautlepra, die meist gutartig verläuft und nicht ansteckend ist, die Knötchenlepra, genannt nach den knotigen Veränderungen an Haut und Nerven, und die sog. Lepromatöse. Von letzterer können alle Organe befallen werden, sie ist daher fast immer tödlich. Alle drei Formen haben lange Inkubationszeiten, von wenigstens zwei Jahren bis manchmal zu Jahrzehnten. Die Ansteckung erfolgt meist durch Hausinfektion zwischen Eltern und Kindern, seltener zwischen Ehegatten. Da man bis heute den Lepraerreger weder züchten noch auf Tiere übertragen kann, sind auch die Heilmittel gegen ihn begrenzt. Nur im Frühstadium ist Aussatz heilbar.

Wegen des hohen Infektionsgrades der Krankheit hat sich von jeher die Gesellschaft gegen die von der Lepra Befallenen mit rigorosen Mitteln zu schützen gesucht. Man setzte die Kranken aus — daher der Name „Aussatz“. Diese Form von Separierung der Kranken findet sich in allen Kulturen und Gesellschaften, die mit dem Aussatz jemals in Berührung kamen. Die „Aussetzung“ geschah zunächst in bestimmte Reservate (Wald, Feld), seit dem 13. Jahrhundert in der Form der Überführung in Leprosenheime. Diese blieben zunächst auf Europa beschränkt. Heute gibt es in allen Kontinenten solche Leprosenheime (auch — euphemistisch — Hansen-Kolonien genannt). Sie reichen jedoch weder zahlenmäßig aus, um alle Aussätzigen aufzunehmen, noch könnten sie, wären sie in ausreichender Zahl vorhanden, allen Aussätzigen eine Heimstatt bieten, weil die Leprakranken, vor allem in den ersten Stadien des Leidens, ihre Krankheit zu verbergen und sich daher einer organisierten Pflege zu entziehen suchen. Denn alle Leprakranken wissen: ihre Krankheit ist keine gewöhnliche, sie hat vielmehr soziale Folgen, die

fast noch schwerwiegender sind als die Krankheit selbst. Leprakranksein bedeutet aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen sein — selbst heute noch!

Auch in unserem Jahrhundert gibt es Leprakranke in allen Kontinenten, freilich in ganz unterschiedlichem Ausmaß. In Europa und Nordamerika ist der Aussatz bis auf geringe Reste zurückgedrängt. Von den 9000 Aussätzigen, die 1952 in Europa registriert waren, lebte die weitaus größte Zahl in südlichen Ländern, Griechenland, Spanien und Portugal. Das einzige Aussätzigenheim in Deutschland befand sich vor dem Kriege in Memel und war 1939 von nur 7 Aussätzigen bewohnt. Der Rückgang der gefürchteten Krankheit seit dem 16. Jahrhundert ist in Europa und Nordamerika besonders durch strenge Isoliermaßnahmen, Hebung der allgemeinen Volksgesundheit durch Hygiene, vorbeugende Maßnahmen und ausreichende Ernährung erreicht worden.

Dieser erfolgreiche Kampf gegen den Aussatz beschränkt sich jedoch nur auf die westlich-zivilisierten Länder. Das macht ein internationaler Vergleich deutlich. Für das Jahr 1952 wurden folgenden Zahlen von Leprakranken angegeben: Australien 4000, Nordamerika 400, Lateinamerika 90 000, Asien 2,1 Millionen, Afrika 390 000, Europa 9000. Demnach gab es 1952 2,6 Millionen Aussätzige auf der Welt. Diese Zahlen gelten heute als überholt. In ihrem Jahresbericht von 1957 über die soziale Situation in der Welt gab die WHO (World Health Organization) 2 bis 7 Millionen Leprakranke an; bereits ein Jahr später nannte der Rapport der WHO 10 bis 14 Millionen Aussätzige. Wahrscheinlich liegt die tatsächliche Zahl noch höher.

Wie erklären sich diese ungewöhnlich hohen Streuungen, bzw. die ungewöhnlich rasche „Zunahme“ der Leprakranken in der Welt? Die sehr unterschiedlichen Schätzungen in früheren Jahresberichten der WHO legen nahe, daß wir bis heute noch nicht in der Lage sind, einigermaßen exakt das wirkliche Ausmaß der Lepra in der Welt festzustellen. Zu viele Regionen der Erde sind von der modernen Sozialforschung noch nicht erschlossen, zu viele Leprakranke entziehen sich in Entwicklungsländern, die heute über die Ansätze eines staatlichen Gesundheitsdienstes verfügen, den Erhebungen dieser Organisationen. Die „Zunahme“ an Leprakranken in der Welt zwischen 1952 und 1959 kann daher nicht als echte Zunahme gewertet werden. Sie ist weitgehend das Ergebnis umfassenderer und gründlicherer Erhebungsmethoden.

Wir können daher, da wir heute noch nicht in der Lage sind, exakt das Ausmaß der Lepra in ihren hauptsächlichsten Verbreitungsgebieten zu ermitteln, auch nichts Sicheres über die Trends der Krankheit aussagen: Ist sie im Zunehmen begriffen oder geht sie zurück? Die moderne Medizin kann auf diese Fragen nur antworten: Wenn das Ausmaß des Hungers, vor allem des spezifischen Hungers, in den Notstandsgebieten der Erde, die auch Aussatz kennen, zunehmen sollte, wird mit größter Wahrscheinlichkeit auch die Zahl der Aussätzigen weiter steigen. Denn Hunger und Aussatz sind als soziale Erscheinungen voneinander abhängig. In der „Spezialuntersuchung der sozialen Bedingungen in nichtautonomen Territorien“ (UN, 1953) wird auf die Ergebnisse von acht Reihenuntersuchungen hingewiesen, die in Ostafrika durchgeführt wurden. Insgesamt wurden in Uganda, Kenia und Tanganjika 361 000 Afrikaner auf Lepra untersucht. Als wichtigstes Ergebnis zeigte sich folgende Tatsache: Von 6017 offenen Leprafällen waren nur 20 Prozent lepromatös. Die anderen 80 Prozent litten an Hautlepra, die, wie gesagt, nichtinfek-

tiös ist, aus der sich jedoch im weiteren Verlauf die schweren unheilbaren Formen der Krankheit entwickeln können. Was aber war die Ursache für die hohe Anzahl von Hautleprosen? Die Antwort der Untersuchung lautet: chronische Unterernährung. Man kann daher sagen: In dem Maße, wie es uns gelingt, die hungernden Völker ausreichend und gesund zu ernähren, wird auch der Kampf gegen den Aussatz (und andere Krankheiten, heute vor allem auch gegen die Tuberkulose) in der Welt erfolgreich sein.

Die Leprabilfe der deutschen Katholiken

Zu den Aufgaben des Bischöflichen Werkes „gegen Hunger und Krankheit in der Welt“ gehört auch der Kampf gegen den Aussatz. Die Aufgaben, die damit verbunden sind, lassen sich unterscheiden in vorbeugende, ambulante medizinische Maßnahmen, stationäre medizinische Behandlung (Krankenhausbau bzw. Bau von Dispensaries) und soziale Maßnahmen. In den letzten Monaten hat das Bischöfliche Werk mehrere solcher Projekte in Vietnam, Indien, Brasilien u. a. unterstützt.

... durch medizinische Betreuung

So bemüht sich der Erzbischof von Pondicherry und Cudalore (Südindien), Ambrose Rayappan, um einen ambulanten Krankendienst für die 100 000 Leprosen, die unter den 3,1 Millionen Menschen seiner Diözese leben. Er möchte in diesem vom Aussatz heimgesuchten Gebiet vier Dispensaries einrichten, von denen aus Schwestern, die eine Spezialausbildung für Leprabehandlung erhalten haben, die umliegenden Dörfer regelmäßig besuchen und die Leprosen behandeln. Die Dispensaries sollen jeweils einer Missionsstation angeschlossen sein, so daß keine Gebäude errichtet zu werden brauchen. Die erbetene und auch bewilligte Spende in Höhe von 20 000 DM wird zur Beschaffung von Medikamenten und Behandlungseinrichtungen verwendet werden.

Um ein Krankenhaus mit 40 Betten für schwere Fälle von Leprosen zu bauen, haben sich die Franziskanerinnen-Missionare-Mariens in Qui-Hoa (Vietnam) an die Bischöfliche Kommission mit der Bitte um Hilfe gewandt. Die Bischöfliche Kommission hat für den Bau 31 500 DM bewilligt. Auch hier liegt wie in dem vorhergehenden Beispiel der Schwerpunkt der Hilfe der Schwestern, die die Träger des Franz-von-Assisi-Leprosariums in Vietnam sind, auf vorbeugender und frühzeitiger Behandlung durch vorgeschobene Ambulatorien. Im Lepradorf selbst leben 600 Menschen, von denen 100 nicht krank sind. Diese wollen sich jedoch von ihren kranken Ehepartnern nicht trennen.

Das Zusammenleben von Gesunden und Kranken in einem Lepradorf ist immer sehr problematisch, voller menschlicher Konflikte, wie aus folgendem Beispiel hervorgeht: Das Lepradorf von Djiring (Apostolisches Vikariat Saigon) wird von 185 Leprakranken bewohnt. Es ist ein selbständiges Gemeinwesen mit entsprechenden öffentlichen Einrichtungen. Der geistliche Leiter des Dorfes ist Weihbischof Cassaigne, der frühere Apostolische Vikar von Saigon, der wegen seiner französischen Nationalität und aus gesundheitlichen Gründen 1953 resigniert hat. Obwohl die vietnamesische Regierung einen monatlichen Zuschuß zum Kauf von Medikamenten gewährt, reichen die Mittel nicht aus, um allen Anforderungen nachzukommen. (Die Nahrungsmittelversorgung der Kranken ist

durch Spenden der amerikanischen Katholiken gesichert.) Daher hat sich Bischof Cassaigne an das Bischöfliche Werk gewandt, um einen Beitrag für die medizinische Betreuung seiner Schutzbefohlenen zu erbitten. Die von ihm gewünschten 20 000 DM werden jedoch auch dazu dienen, um ein Kinderheim zu bauen für nicht lepra-infizierte Kinder lepröser Eltern.

... durch soziale Betreuung

Zu den sozialen Problemen der Leprakranken gehört nicht nur eine zufriedenstellende Regelung des Zusammenwohnens von Gesunden und Kranken, sondern auch die Entwicklung von Möglichkeiten, die den Kranken eine sinnvolle, ihren Fähigkeiten angepaßte Tätigkeit verschaffen, die ihr Selbstwertbewußtsein erhält und stärkt. Wie solche Möglichkeiten verwirklicht werden können, geht aus folgendem Antrag an das Bischöfliche Werk hervor: Das St.-Joseph-Leprosarium Ben San (Vietnam) besteht erst seit einigen Monaten und beherbergt zur Zeit 120 Leprakranke. Es soll allmählich zu einem Dorf für 600 bis 1000 Kranke ausgebaut werden. Die Kranken werden in Einheiten von zwei Häusern mit je 12 Personen untergebracht. Jede Einheit hat außerdem einen gemeinsamen Schweinestall. Jeder Kranke erhält ein Schwein und ein Stück Garten. Die jetzt im Dorf wohnenden Kranken machen einen zufriedenen Eindruck. Denn bis zu ihrer Aufnahme in das Dorf waren sie auf einem Friedhof in Saigon hinter Stacheldraht wie Gefangene untergebracht. Das Dorf Ben San machte erst Schwierigkeiten, da die Bewohner der Umgebung gegen die Errichtung eines Leprosendorfes protestierten. Nur dem persönlichen Eingreifen des vietnamesischen Staatspräsidenten ist es zu verdanken, daß das Dorf überhaupt erbaut werden konnte. Die Schwestern des Heiligen Vinzenz von Paul bemühen sich darum, die Leprosensiedlung auch wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen. Der vietnamesische Staat zahlt täglich 53 Pfennig für jeden Kranken. Durch Viehzucht und Gartenbau tragen die Kranken selbst zu ihrem Unterhalt bei. Auch eine Pflanzung von Kokosnußbäumen wurde angelegt, die in einigen Jahren ein gutes Einkommen bringen wird. Ferner planen die Schwestern die Herstellung von Wand- und Fußbodenplatten sowie von Lackfarben. Ein Besucher des Dorfes hat seine Eindrücke wie folgt wiedergegeben: „Bei meinem Besuch war es mir möglich, den Unterschied zwischen Neuankömmlingen und den seit einigen Monaten bereits im Leprosarium lebenden Kranken zu sehen. Während die einen verschüchtert und oft mit großen offenen Wunden ankamen, hatten die anderen frohe Gesichter, sahen gut gepflegt aus, hatten saubere Verbände, Krücken, machten sich nützlich, wo sie konnten. Diese älteren Insassen waren offensichtlich stolz auf ihr Haus, ihre Gärten und vor allem ihre Schweine. Viele fabrizierten Käfige für Vögel und webten Matten. Es war ganz offensichtlich zum ersten Male in ihrem Dasein als Leprakranke, daß sie sich geborgen und wohl fühlten.“ Die Bischöfliche Kommission hat diesem Leprosarium 42 000 DM zum Bau von weiteren acht Häusern für 96 Leprakranke geschenkt.

Kontum — ein Zentrum für medizinische und soziale Fürsorge

Aus all diesen Beispielen geht eindeutig hervor, daß jedes Leprosarium neben den Aufgaben der medizinischen Be-

treuung auch wichtige soziale Funktionen erfüllt. Wie weit letztere gehen können, wird aus einem Antrag deutlich, den die Schwester Marie Louise, die Leiterin des Leprosariums in Kontum (Vietnam), an das Bischöfliche Werk gestellt hat. Schwester Marie Louise gründete vor dreieinhalb Jahren das Leprosendorf Kontum, in dem heute 300 Menschen einschließlich 80 nichtkranker Familienangehörigen leben. Die medizinische Leitung liegt in den Händen einer amerikanischen Ärztin, die dem Gral angehört. Die in Kontum behandelten Menschen gehören zum Stamm der Montagnards, einem primitiven Bergstamm, der in kleinen Urwalddörfern lebt. Das Wort Lepra löst in der Bevölkerung Entsetzen aus; sie kennt nicht den Unterschied zwischen der ansteckenden und nichtansteckenden Form der Krankheit. Alle Leprakranken werden aus den Dörfern in den Urwald getrieben, wo sie meistens umkommen. Häufig verläßt auch die Familie mit ihren Ausgestoßenen das Dorf; auch die Angehörigen der Kranken sind damit oft dem gleichen Schicksal ausgeliefert.

Schwester Marie Louise weiß, daß ein Leprosarium herkömmlicher Art bei der hohen Zahl der Ausgestoßenen keine Lösung des Problems bietet. Nur eine ambulante Therapie kann auf die Dauer die Masse der Kranken im Anfangsstadium erfassen, Behandlung und Kontrolle durchführen und damit die weitere Ausbreitung der Krankheit verhindern. So hat sich Schwester Marie Louise zum Ziel gesetzt, die Montagnards in ihren Dörfern aufzusuchen, sie von der Heilbarkeit der Krankheit zu überzeugen, so daß sie ihre geheilten bzw. nicht ansteckenden Stammesangehörigen wieder in die Gemeinschaft aufnehmen. Schwester Marie Louise hat schon erreicht, daß 500 Leprakranke aus schwer erreichbaren Dörfern in regelmäßigen Zeitabschnitten zur Untersuchung kommen. Das Zentrum für diese geplante ambulante Behandlung und Kampagne soll das Leprosarium von Kontum sein, das weiterhin die ansteckenden Fälle aufnehmen wird.

Da die Montagnards handwerklich sehr geschickt sind, jedoch die Neigung haben, so wenig wie möglich zu arbeiten, will Schwester Marie Louise versuchen, die jungen Leute durch eine interessante handwerkliche Ausbildung zur Arbeitsamkeit zu erziehen. Außerdem werden handwerkliche Kenntnisse den Geheilten bei der Rückgliederung in die Stammesgemeinschaft sehr zustattenkommen. Es soll daher eine Halle gebaut werden, in der Ausbildungskurse für Schreiner und Maurer durchgeführt werden können. Dafür wie für weitere 40 wetterfeste Hütten (die von der Regierung erstellt sind aus so schlechtem Material, daß sie heute, nach drei Jahren, bereits baufällig sind) sowie für ein Dispensary mit 20 Betten für nichtleprakranke Familienangehörige hat Schwester Marie Louise von den deutschen Katholiken 93 400 DM erbeten. Die Bischöfliche Kommission hat ihr 120 000 DM überwiesen zum Bau der geplanten Räumlichkeiten sowie für Medikamente und ein Fahrzeug.

Missionstätigkeit der syro-malabaresischen Karmeliten

Die alte südindische Christenheit des syro-malabaresischen Ritus hat in ihrer mehr als anderthalbtausend Jahre alten Geschichte kein Mönchtum eigenen Charakters hervorgebracht. Erst durch den Anstoß des lateinischen Christentums entstand hier vor mehr als hundert Jahren eine Kongregation mit dem Namen eines Dritten Ordens der Unbeschulten Karmeliten. Im

vorigen Jahr hat sie die Erlaubnis erhalten, den Namen Karmeliterbrüder von der Unbefleckt Empfangenen Jungfrau anzunehmen. Das ist ein Zeichen für die Entwicklung zur Selbstständigkeit.

Der Einfluß des lateinischen Christentums zeigt sich bei dieser Kongregation vor allem darin, daß sie einen ausgesprochen aktiven Charakter hat. Sie umfaßt heute mehr als 300 Priester, 250 Seminaristen, 76 Novizen, 108 Brüder und 200 Postulanten, die sich über drei Provinzen und auf 26 Klöster verteilen. Sie leiten Zeitungen, Kollegs und Hochschulen und sind auch in vier Bistümern in der Pfarrseelsorge tätig (vgl. auch Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 295).

Diese Karmeliter feiern den Gottesdienst — wie der größte Teil der alten südindischen Christenheit — nach dem ostsyrischen oder chaldäischen Ritus. Das Christentum ist in den ersten christlichen Jahrhunderten (der Legende nach bereits mit dem Apostel Thomas) aus dem ostsyrischen Raum, von Persien und Mesopotamien, nach Südindien herübergekommen. Lange schickten die malabaresischen Karmeliter ihre Missionskräfte ausschließlich in den Norden Indiens oder nach Burma, wo sich jedoch immer die Schwierigkeit ergab, daß sie dann zum lateinischen Ritus übergehen mußten. Heute beginnen sie nun, in ihre alten Herkunftsländer zurückzukehren. Im Iran (Persien) besitzen die Syro-malabaresen bereits einige Missionen. Jetzt hat auch der Patriarch der mit Rom vereinten chaldäischen Kirche von Babylonien, Paulus II. Cheikho, mit Sitz in Bagdad, der Hauptstadt des Irak, die Karmeliterbrüder von der Unbefleckt Empfangenen Jungfrau aufgefordert, Missionare zu entsenden, die in seinem Jurisdiktionsbereich Klöster gründen sollen. Vor kurzem sind die ersten drei Priester der südindischen Kongregation nach dem Irak eingereist.

Ökumenische Nachrichten

Die gesamtdeutsche Synode der EKD in Berlin Nach fast zwei Jahren Abstand trat vom 21.—26. Februar in Ost- und West-Berlin wiederum eine gesamtdeutsche Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammen. (Über die vorletzte Synode berichtete die Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 415 ff.) Die kirchlichen und politischen Probleme, die vor zwei Jahren unbewältigt blieben, wie die Schulfrage, die Konfirmation, die theologische Behandlung der Atomwaffen und die Lockerung des Militärseelsorgevertrags mit der Bundesrepublik, standen diesmal wieder an und waren mit dem Obrigkeitsproblem, das auf der Synode von Berlin-Brandenburg kurz vorher so viel Verwirrung gestiftet hätte (vgl. ds. Jhg., S. 262 f.), belastet. Diese neue Synode war jedoch eine disziplinierte Synode. Sie hat keines der Probleme gelöst, sie hat die erforderlichen offenen Aussprachen hinter verschlossenen Türen gehalten und schließlich in den wesentlichen Fragen Entschließungen mit großen Mehrheiten zustande gebracht.

Aus dem Rechenschaftsbericht von Bischof Dibelius, der dem auf der Provinzialsynode sehr ähnlich war und natürlich auch eine Apologie seiner Haltung in der Obrigkeitsfrage brachte, ist wohl zu ergänzen, daß er für den 1958 eingesetzten Atomausschuß unter dem Tübinger Professor Raiser, der diesmal eine führende Rolle spielte, eine ruhige Fortführung der Arbeit forderte, eine Forderung, die ihm erfüllt wurde.